

07/08.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Naturverträgliche Windkraft ist möglich
Umweltbilanz nach sieben Jahren Rot-Grün
Rolle rückwärts in der Agrar- und Energiepolitik?
Integriertes Küstenzonenmanagement: Gut gedacht...**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 07/08
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Naturverträgliche Windkraft ist möglich!

Liebe Leserinnen und Leser,

wann wird's mal wieder richtig Sommer? So sang Rudi Carrell vor dreißig Jahren. Inzwischen machen wir den Sommer selbst - nur ein richtiges Maß ist nicht gefunden.

Erinnern wir uns: Der August 2003 war eindeutig zu heiß und zu trocken. Portugal, Spanien, Frankreich und Italien traf es noch härter als uns. In Südeuropa brannten die Wälder auf bisher nie dagewesener Fläche. Die Wasserstände in den Flüssen sanken dramatisch. Die Schifffahrt kam zum Erliegen. Einleitungen aus Kläranlagen führten zu Fischsterben. Kraftwerke mußten abgestellt werden. Und Menschen starben an der Hitze. In Frankreich fast 15.000 Menschen mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Dieser Jahrhundertsommer mit seiner Dürreperiode war ein deutliches Zeichen des Klimawandels.

Selbst US-Präsident George W. Bush ist heute nicht mehr dagegen, die Klimaerwärmung als Tatsache anzuerkennen. Das ist auch an der Zeit. Seit 1995 haben die Klimaextreme den Schwankungsbereich der letzten tausend Jahre deutlich überschritten. Weder die Wikinger noch die Mongolen hatten so "schönes Wetter" wie wir heute. Aber es gibt noch andere Rekorde. In geologischen Zeiträumen entstanden die Grundvoraussetzungen für alles Leben u.a. durch die Reduktion des atmosphärischen CO₂ und die fortschreitende Festlegung von Kohlenstoff in Torf, Kohle, Gas und Erdöl. In etwas mehr als 150 Jahren haben wir dieselbe CO₂-Konzentration wie vor 23 Millionen Jahren wieder erreicht.

Und es geht weiter. Südeuropa stöhnte schon zu Beginn dieses Sommers unter einer Dürre dramatischen Ausmaßes und befürchtet einen Anstieg von wärmebedingten Todesfällen wie 2003. In Portugal brannten die Wälder bereits in Juni. Die Hubschrauber zur Brandbekämpfung waren noch nicht gechartert. Die Tanklöschfahrzeuge müssen gleichzeitig die Trinkwasserversorgung bestimmter Regionen sicherstellen. Das Wasser wird auch in Frankreich und Italien knapp. Wo im Frühling Flussbetten waren, sind vielerorts Gesteinsfelder zurückgeblieben. Im Westen Frankreichs, wo die Pegelstände schon im März auf den gewöhnlich erst im August

erreichten Stand gefallen waren, ist die Not besonders groß.

Was sich in Mitteleuropa abzeichnet, entspricht den Szenarien, die Wissenschaftler vom Klimawandel errechnet haben. Die Temperaturen steigen. Niederschläge verteilen sich anders, so dass weniger Grundwasser neu gebildet wird. Die Hochwassergefahr kann zunehmen.

Und was wird getan? Portugal chartert die Löschhubschrauber jetzt früher. Frankreich finanziert jedem Altenheim einen klimatisierten Raum und führt Listen gefährdeter Personen. Behörden empfehlen, sich täglich 1,5 Stunden in klimatisierten Supermärkten aufzuhalten. Radioaktive Rückstände, die in Gewässer geleitet werden, können bei Niedrigwasser in den Atomkraftwerken zurückgehalten und dort gelagert werden.

Aber es gibt auch andere Ansätze. Europa, Japan, die USA, China, Russland und Südkorea haben den Bau eines Testreaktors für die Kernfusion beschlossen. In den kommenden 30 Jahren werden voraussichtlich zehn Milliarden Euro aufgewendet werden müssen, damit Fusionskraftwerke vielleicht in 50 Jahren wirtschaftlich nutzbare Energie liefern können. Es gibt auch andere und schnellere Lösungen.

Unser Energiesystem muss nachhaltig werden. Dazu brauchen wir eine sparsamere und eine effiziente Nutzung von Energie. Erste Schritte lassen sich sofort umsetzen. So könnte durch den Verzicht auf konventionelle Stand-by-Systeme die Arbeit von zwei Atomkraftwerken eingespart werden. Andere Schritte sind kurzfristig möglich. So sind nicht alle öffentlichen Gebäude auf ihre Energieeffizienz hin untersucht worden. Mittelfristig kann die Wärme-Kraft-Kopplung ausgebaut, langfristig der Kraftwerkspark den neuen Anforderungen angepasst werden.

Und wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien als Mix aus Wind- und Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse und Erdwärme. Bei der Windenergie hat es in den letzten 15 Jahren eine gewaltige Technologieentwicklung gegeben. Statt einem halben Megawatt haben die Anlagen heute 6,3 und in Kürze vielleicht 8,1 Megawatt. Neben der Nennleistung sind Verfügbarkeit und Ertrag überproportional gewachsen. Ähnliche Lernkurven wird

auch die Entwicklung der anderen Erneuerbaren Energien vollziehen. Und dies alles durch die Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Zehn Milliarden Euro Forschungsförderung wären hier zwar hilfreich, aber nicht notwendig.

Von den regenerativen Energien hat die Windenergie derzeit die bedeutendsten Potentiale zur nachhaltigen Stromerzeugung. Die Nutzung von Wind verbraucht nur minimalste Ressourcen und produziert keinen Abfall. Sie birgt keine elementaren Gefahren, wie z.B. Unfälle in Atomreaktoren oder die langfristigen Risiken der atomaren Endlagerung. Zusätzlich hat sie eine gute Ökobilanz.

Soweit die guten Seiten - doch wie sieht es aus mit den Gefahren von Windenergieanlagen? Man sagt doch, dass sie Vögel und Fledermäuse vertreiben, Greifvögel erschlagen, die Anwohner stören und die Landschaft verschandeln.

Wir hatten die Windkraft im Visier und konnten feststellen: Eine gute Standortwahl macht Windkraft umwelt- und naturverträglich! Die tatsächlichen Wirkungen von Windkraftanlagen auf Mensch, Natur und Umwelt haben nur eine Reichweite von wenigen hundert Metern. Das möchte der DNR in seiner Informationskampagne "Umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie" vermitteln. Es wird klargestellt, welchen Kriterien die Windkraft in jedem Einzelfall genügen muss, um wirklich umwelt- und naturverträglich und damit auch nachhaltig sein zu können.

Der DNR ist sich sicher: Wir brauchen die Windenergie und wir können die Windenergieanlagen so planen, bauen und betreiben, dass schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt weitestgehend vermieden werden. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 11.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe und der beiliegenden Materialien zu unserer Kampagne "Wind=Kraft".

Günter Ratzbor, DNR-Projekt "Umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie"

2 Impressum

3 Editorial

- Naturverträgliche Windkraft ist möglich!

5 Verbände, Umweltbewegung

- Neuer DNR-Kurs ZukunftsPiloten
- Umweltbilanz von Rot-Grün
- Bürgerschaftliches Engagement
- Wikipedia-Projekt Umweltschutz
- Lesenswert

7 Abfall, Chemie, Emissionen

- Neues Abfallgesetz in Kraft
- Bundesrat stimmt Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie zu
- Pfandgegner erneut gescheitert
- Neue Statistik zu Sonderabfällen

8 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Stopp für Agrarwende nach der Wahl?
- Studie: Integrierter Pflanzenschutz mit Mängeln
- Keine Haifischsteaks mehr bei Lidl
- Verbraucherinformationsgesetz erneut gescheitert
- Verbraucherministerium vor dem Aus
- Lesenswert

10 Energie, Klima

- Kampagne zu Erneuerbaren Energien
- DNR-Infokampagne Windenergie
- Sellafeld löst Atomdebatte aus
- CDU kündigt neue Energiepolitik an
- Neues Energiewirtschaftsgesetz
- Atommülltourismus beendet

13 Gentechnik

- Genmais bleibt verboten
- CDU und FDP wollen Gentech-Gesetz ändern
- Aktion gegen Agro-Gentechnik
- Lesenswert

15 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Zukunft der Umweltbildung
- "Bürger initiieren Nachhaltigkeit"
- EU-Ökoranking: Deutschland im Mittel
- Lesenswert

16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Umweltverbände gestalten Biodiversitätsstrategie mit
- Nationaler Kleinwaldstandard
- Bericht zur Lage der Natur
- Lesenswert

19 Verkehr, Tourismus

- Feinstaub-Maßnahmen jetzt Pflicht
- NABU-Grundsatzprogramm Verkehr
- Billigflieger belasten die Umwelt
- Fluglärmschutz vor dem Scheitern
- Streit um WM-Verkehrskonzept 2006
- Sachverständige fordern Tempo 120

21 Wasser, Meere

- Nationale Strategie zum Integrierten Küstenzonenmanagement

23 Service

- Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen, Diskussionsforen, Inhalt EU-Rundschreiben

Sonderbeilagen

- Newsletter "Gender Greenstreaming": Geschlechterverhältnisse im Natur- und Umweltschutz (Mittelseiten)
- "Windkraft im Visier" - Material zur DNR-Kampagne "Naturverträgliche Windenergienutzung an Land"

Umweltbilanz nach sieben Jahren Rot-Grün

Verbände-Lob für Energie- und Agrarwende, Kritik an Verkehrspolitik

Nach sieben Jahren rot-grüner Regierung haben mehrere Umweltverbände ein eingeschränkt positives Resümee der Politik gezogen. So bezeichnete BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm die Verkehrspolitik als "Trauerspiel". Anderswo seien aber Fakten geschaffen worden, die eine neue Regierung nicht einfach beseitigen könne.

Beim Atomausstieg, der Ökosteuer und der Agrarwende wurden aus Sicht der Verbände einige ambitionierte Projekte umgesetzt. Vor allem die Agrarwende erhielt Lob. Hier habe auf europäischer Ebene ein Umdenken eingesetzt, für das maßgebliche Impulse aus Deutschland gekommen seien, so Timm. Auch für WWF-Geschäftsführer Peter Prokosch zählt Deutschland hier zu den "Klassenbesten".

BUND: Ökosteuer dürfte bleiben, doch Chemieindustrie könnte sich freuen

In der Energiepolitik habe Rot-Grün einen Boom bei alternativen Energien eingeleitet, so die Verbände, der sich als nachhaltig erweisen könnte. Zwar sei der Atomausstieg über Laufzeitverlängerungen leicht zurückzunehmen, aber die Energiepreise weg von den fossilen Energieträgern sei vom Grundsatz her zwischen den Parteien nicht mehr strittig. Und das sei ein Verdienst von Rot-Grün. Die Ökosteuer werde es wohl auch nach einem möglichen Regierungswechsel noch geben, prognostizierte der BUND. Spitzenpolitiker der CDU und der CSU haben auch bereits angekündigt, dass die Ökosteuer im Falle eines Wahlsiegs nicht abgeschafft werden soll.

Beim Klimaschutz hoffen die Umweltverbände, dass der eingeschlagene Weg der CO₂-Reduktion beibehalten wird. Bei den anstehenden wichtigen Entscheidungen im Herbst könne sich zeigen, dass eine engagierte Umweltpolitik keine Frage der Partei, sondern der Kompetenz sei.

Schlechtere Zeiten nach einem Regierungswechsel befürchten die Umweltorganisationen in der Chemiepolitik. Auf EU-Ebene ist derzeit das neue Chemikaliengesetz REACH in Arbeit, bei dem die chemische Industrie die Unbedenklichkeit ihrer Stoffe nachweisen soll (EUR Sonder-

heft 06/07.05). Hier sei die rot-grüne Position deutlich verbraucher- und gesundheitsfreundlicher als die Haltung von Union und FDP, sagte Timm. Damit könne das Gesetz nach der Wahl stehen oder fallen, denn Deutschland spiele als Chemiestandort eine wichtige Rolle.

Etwas mehr Artenschutz, Enttäuschung bei Naturerbe, Wald- und Jagdgesetz

Beim Naturschutz gab es nach Auffassung der Verbände positive und negative Entwicklungen. Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes sei eine große Leistung, lobte BUND-Geschäftsführer Timm. Einen guten Schritt vorangekommen sei man vor allem im Artenschutz, sagte der Geschäftsführer des NABU Leif Miller. Kritisiert wurde vor allem, dass bei der Sicherung des Nationalen Naturerbes zu wenig geschehen sei: Das Versprechen, 100.000 Hektar Naturfläche der ehemaligen DDR an Verbände, Stiftungen und die Länder zu übereignen, sei nur bei 32.000 Hektar eingelöst worden. Der WWF monierte, auch beim Wald- und Jagdgesetz habe die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Die Verkehrspolitik schnitt bei der Bewertung am schlechtesten ab. Vor allem bei der Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene seien echte Chancen vertan worden, auch wenn die Lkw-Maut ein erster Schritt gewesen sei. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

WWF Deutschland, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/Main
Tel. 069-791440, Fax -617221
eMail: info@wwf.de
www.wwf.de

Bürgerschaftliches Engagement geht weiter

Bundtagsunterausschuss und Netzwerk wollen Arbeit fortsetzen

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement hat den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgefordert, dem Bundestag die Wiedereinsetzung des Unterausschusses in der kommenden Legislaturperiode zu empfehlen.

Auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) setzt seine Arbeit fort. Wegen der voraussichtlichen Neuwahlen im September finden die "Aktionstage des Bürgerschaftlichen Engagements 2005" zwischen Oktober und Dezember statt. Höhepunkt der Aktionstage ist der UN-Tag des Ehrenamts am 5. Dezember. Auf einer festlichen Veranstaltung sollen Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Mitglieder des BBE das Engagement der Bürger/innen würdigen und die Öffentlichkeit über Möglichkeiten des Bürgerschaftlichen Engagements informieren. Die größer angelegte "Aktionswoche des Bürgerschaftlichen Engagements" wird vom 15. bis zum 24. September 2006 stattfinden. (mbu)

• Weitere Informationen

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Ansgar Klein, Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin
Tel. 030 / 39838-678
eMail: ansgar.klein@b-b-e.de
www.b-b-e.de

Neue Kurse bei den Zukunftspiloten

DNR-Qualifizierungsprogramm für junge Umweltengagierte geht weiter

Der DNR und die Bewegungsakademie Verden haben zum vierten Mal das Qualifizierungsprogramm Kurs Zukunftspiloten für junge Umweltbewegte ausgeschrieben. Der Kurs richtet sich an junge Menschen zwischen 21 und 27 Jahren. Ziel ist die Erweiterung der analytisch-strategischen, methodischen und sozialen Kompetenzen erfolgreicher umweltpolitischer Arbeit. Bestandteile des Kurses sind sieben Seminare, die Arbeit in Projektgruppen ein Praxisprojekt in einer Umweltorganisation. Die neuen Kurse des Kurs Zukunftspiloten beginnen im Oktober 2005.

Bis zum 15. August können sich Interessierte für den einjährigen studienbegleitenden Kurs bewerben. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR-Kurs Zukunftspiloten, Rasmus Grobe, c/o Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller
Tel. 04231 / 677956
eMail: info@zukunftspiloten.de
www.zukunftspiloten.de

Wikipedia-Projekt Umwelt- und Naturschutz

Internet-Enzyklopädie sucht Experten-Beteiligung

Wikipedia ist eine freie Online-Enzyklopädie in mehr als 100 Sprachen. Jede/r kann mit seinem Wissen beitragen, die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden mehr als 237.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Nicht nur bei Studierenden und bei Laien, auch bei Wissenschaftlern erfreut sich das Internetlexikon wachsender Nachfrage. Naturschutz- und Umweltthemen sind teilweise schon gut vertreten, andererseits gibt es auch noch große Lücken bis hin zu verzerrten Darstellungen.

► Wer helfen möchte den Wikipedia-Bereich Umwelt weiter auszuarbeiten, zu vereinheitlichen und zu katalogisieren, ist aufgerufen sich an dem ehrenamtlichen Projekt Umwelt- & Naturschutz beteiligen. Es wurde vor einem Jahr ins Leben gerufen, um Artikel zum Natur- und Umweltschutz zu erstellen und bereits existierende Artikel zu organisieren, zu ordnen und zu vereinheitlichen.

► Daneben kann aber auch jeder Internetnutzer jeden beliebigen Artikel der Enzyklopädie mit eigenem Wissen ergänzen, Fehler berichtigen und auch neue Einträge anlegen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Wikipedia - Die freie Enzyklopädie
www.wikipedia.de
Einführung:
[www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe_Umwelt-_und_Naturschutz_\(Portal_und_Projekt\)](http://www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe_Umwelt-_und_Naturschutz_(Portal_und_Projekt)):
www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt

Lesenswert

Politikersprech

Die Naturfreundejugend hat eine informative und unterhaltsame Broschüre über den Sprachgebrauch von Politikern herausgegeben. Darin werden die wichtigsten Begriffe des Berliner "Politikersprech" erläutert. Mit ironischen Unterton vermittelt das Heft Know-how für die Auseinandersetzung mit Politiker/innen und erklärt, wie man sie besser versteht und wie man verbindliche Absprachen treffen kann. Kernstück der Broschüre ist ein Glossar, in dem beliebte Politiker-Floskeln erläutert werden. Außerdem gibt es Interviews mit einem Politikersonn, zwei politischen Talenten der Naturfreundejugend und einer Bundestagsabgeordneten. Tipps für die Einladung von Politikern, die Moderation von Gesprächen und die Gestaltung einer Veranstaltung runden die Broschüre ab. Schließlich enthält die Broschüre auch die Bastelanleitung für eine "Phrasendreschmaschine" und die Anleitung zu spannenden Spielen rund um die Politik. (mbu)

Ansgar Drücker, Simone Rieth: Politikersprech; Remagen 2005, 80 S., 1,- Euro, ISBN 3-921381-28-2; Hrsg./Bezug: Naturfreundejugend, Tel. 02228 / 9415-0, www.naturfreundejugend.de

■

Neues Abfallgesetz in Kraft

Abfälle müssen vorbehandelt werden

Seit dem 1. Juni gilt in Deutschland ein neues Abfallgesetz. Danach dürfen Abfälle nicht mehr ohne Vorbehandlung auf Deponien gelagert werden. Grundwasserbelastungen durch austretende Reststoffe wie klimaschädliche Methangase sollen so vermieden werden. Unklar ist allerdings, ob es genügend Anlagen für die Vorbehandlung gibt. Nach Schätzungen von Experten fehlen derzeit Behandlungsanlagen für Abfälle bis zu sieben Millionen Tonnen.

NABU begrüßt neue Verordnung, kritisiert aber Schlupflöcher

Der Naturschutzbund (NABU) begrüßte die neue Abfallablagerungsverordnung, äußerte aber Bedenken hinsichtlich der Umsetzung. Die Vorbehandlung könne durch illegale Umdeklarierung der Abfälle für den Export und die Deponierung im Ausland oder durch die Vermischung von Abfällen einfach umgangen werden. Auch die so genannten Zwischenlager stellen ein Problem dar. Noch nicht vorbehandelte Abfälle sollen dort bis zu drei Jahre aufbewahrt werden. Nach Ansicht des Verbandes besteht dadurch die Gefahr, dass der dort gelagerte Müll "vergessen" wird.

UBA legt Zahlen zu Umwelteffekten der Kreislaufwirtschaft vor

Belege für den Erfolg der Kreislaufwirtschaft zeigen Untersuchungen, die das ifeu-Institut für die Jahre 1990 bis 2001 im Auftrag des Umweltbundesamts durchführte. 20 Millionen Tonnen Wertstoffe wie Papier, Glas oder Verpackungen wurden 2001 getrennt und gesammelt, viermal so viel wie 1990. Zwar stieg in diesem Zeitraum die Zahl der verbrannten Abfälle um 50 Prozent, doch der Ausstoß schädlicher Stoffe reduzierte sich erheblich, etwa bei Cadmium von 5000 auf 56 Kilogramm. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
mobil: 0174 / 9478525
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Bundesrat stimmt Umsetzung der EU-Lärmrichtlinie zu

VCD begrüßt Bundesratsentscheidung

Der Bundesrat hat im Juni entschieden, dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie zuzustimmen. Der Verkehrsclub VCD sieht darin einen wichtigen Schritt zu mehr Ruhe und Gesundheit. Aktiv werden müssten nun die Kommunen, so der Verband.

Wollen diese nämlich die Richtlinie einhalten, hätten Städte mit über 250.000 Einwohnern bereits bis Juni 2007 Lärmkarten und bis spätestens Juli 2008 Maßnahmenpläne zur Verringerung des krankmachenden Lärms vorzulegen. Für Kommunen ab 100.000 Einwohner gelten entsprechende Vorschriften erst fünf Jahre später. Allerdings haben sich laut VCD bisher nur drei Prozent aller Kommunen mit dem Thema beschäftigt.

Vorschlag: Lärminderungspläne und Luftreinhaltepläne verbinden

VCD-Lärmexperte Helmar Pless forderte die Kommunen auf, Lärminderung und Verbesserung der Luftqualität miteinander zu verknüpfen. Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lkw-Fahrverbote und die Förderung von Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr trügen auch zur Verringerung des Verkehrslärms bei. Luftreinhaltepläne und Lärminderungspläne beruhen auf den gleichen Grundlagen, so Pless. "Eine Verknüpfung beider Pläne spart deshalb Arbeit und viele Kosten." (db) ■

• Weitere Informationen

VCD, Lärmexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

Kurzmeldungen

Pfandgegner zum wiederholten Mal gescheitert

Erneut sind Klagen gegen die neue Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen zurückgewiesen worden. Nachdem zuletzt im April das Oberverwaltungsgericht Berlin zu Gunsten der neuen Verordnung entschied, hat Ende Mai das Verwaltungsgericht Stuttgart Klagen mehrerer Getränkeimporteure erneut abgelehnt. Die Pfandgegner sahen ihre Marktchancen durch die neue Regelung beeinträchtigt und hielten die Pfandpflicht für unvereinbar mit EU-Recht. Erst im Dezember entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die Feststellung, ob ein arbeitsfähiges Pfand-/Rücknahmesystem vorliege, den nationalen Gerichten obliege. Das Bundesumweltministerium (BMU) begrüßte die Entscheidung und forderte die Getränkeimporteure auf, die neue Pfandpflicht anzunehmen. (db)

BMU, Berlin, Tel. 030 / 1888305-0
www.bmu.de

Statistik: Verwertung von Sonderabfällen nimmt zu

Fast 18 Millionen Tonnen nachweispflichtiger Sonderabfälle sind im Jahr 2003 entsorgt worden, teilte das Statistische Bundesamt Anfang Juni mit. Davon wurde zum ersten Mal mehr als ein Viertel verwertet. 2002 lag dieser Anteil noch bei 23 Prozent, 2001 bei 18 Prozent. 9,5 Millionen Tonnen der Sonderabfälle waren Bau- und Abbruchabfälle, 3 Millionen Tonnen bereits vorbehandelte "Sekundärabfälle" und 1,4 Millionen galten als Ölabbfälle. Insgesamt betrug die Menge der nachweispflichtigen Sonderabfälle fast 19 Millionen Tonnen - die Differenzen zur entsorgten Menge ergeben sich durch Zwischenlagerung. Im Vergleich zu 2002 bedeutete dies lediglich eine Zunahme von 0,5 Millionen Tonnen, während es 2001 noch 4,3 Millionen Tonnen mehr waren. Die deutliche Zunahme im Jahr 2002 geht laut Statistischem Bundesamt vor allem auf das Inkrafttreten der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) im Dezember 2001 zurück, nach der deutlich mehr Müll ab 2002 als Sonderabfall zu deklarieren ist als dies bis 2001 der Fall war. (db) ■

Statistisches Bundesamt, Bonn, Tel. 01888 / 6448-698, Fax -990, eMail: umwelt@destatis.de, www.destatis.de

Stopp für Agrarwende unter neuer Bundesregierung?

Union: Zielsetzung von 20 Prozent Bio-Anteil bis 2010 wird wegfallen

Im Falle eines Wahlsieges will die Union nach den Worten von Vize-Fraktionschefin Gerda Hasselfeldt landwirtschaftliche "Gesetze und Verordnungen der letzten Jahre auf den Prüfstand stellen". Sie kündigte nach einem Wahlsieg auch für die Bio-Branche einen Wechsel in der Agrarpolitik an. Die Förderung des Öko-Landbaus, die Ministerin Renate Künast mit Vorrang vorangetrieben hatte, müsse überprüft und "effizienter gemacht" werden, sagte die CSU-Politikerin. An der Zielquote von 20 Prozent Anteil des Biolandbaus bis 2010 werde die Union nicht festhalten.

Ökobauern verweisen auf Job- und Umwelteffekte der Branche

Der Anbauverband Bioland appellierte an die CDU/CSU, den Wahlkampf nicht auf dem Rücken der Biobauern auszutragen. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft habe zweistellige Wachstumsraten. Investitionen in dieser Branche hätten überproportional viele Arbeitsplätze geschaffen und der Gesellschaft Umweltkosten erspart, argumentierte Verbandschef Thomas Dosch. Auch eine mögliche schwarzgelbe Koalition könne es sich nicht leisten den Ökolandbau zurückzustellen, sagte Bioland-Geschäftsführer Alexander Gerber. Kein anderer Sektor wachse so stark wie die Bio-Branche.

Mehr Gentech-Felder, kleinere Hühnerkäfige

Skeptisch äußerten sich Bioland und der Branchenverband BÖLW über die Zukunft des Gentechnikgesetzes und der Legehennenverordnung. Die Union will diese nach eigenen Angaben wieder kippen. Dosch warnte vor einem "Freifahrschein" für den Anbau genveränderter Pflanzen und einem gravierenden Rückschritt im Tierschutz. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-18, Fax -27
eMail: ressortvfr@bioland.de
www.bioland.de

BÖLW, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Integrierter Pflanzenschutz hält Versprechen nicht

Studie belegt fachliche Mängel in der Praxis

Nach Ansicht des NABU bestehen weiterhin erhebliche Mängel bei der Praxis des so genannten Integrierten Pflanzenschutzes in Deutschland. Das belegt eine Studie im Auftrag des NABU, die von der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung finanziert wurde. NABU-Präsident Olaf Tschimpke bezeichnete den in die Praxis umgesetzten Integrierten Pflanzenschutz als "Mogelpackung". Er sei unverbindlich, fachlich unzureichend und werde seiner möglichen Schlüsselrolle zur Pestizidreduktion nicht gerecht, so Tschimpke.

"Bisher keine wesentliche Entlastung der Umwelt"

Ziel des Integrierten Pflanzenschutzes ist es laut Studie, durch den Vorrang biologischer, pflanzenzüchterischer und anbautechnischer Maßnahmen die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf ein Minimum zu beschränken. Trotzdem sei bis heute keine wesentliche Entlastung der Umwelt eingetreten. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bleibe auf zu hohem Niveau, da Richtlinien und Maßnahmen fast nur auf Freiwilligkeit basierten. Der NABU forderte daher, die Praxis des Integrierten Pflanzenschutzes rechtsverbindlich festzulegen.

Anforderungen und Mindestkriterien, Beispiele aus anderen EU-Ländern

In der Studie werden Richtlinien und Gesetze im In- und Ausland miteinander verglichen sowie Anforderungen und Mindestkriterien formuliert, die aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes an den Integrierten Pflanzenschutz zu stellen sind. Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, wie der Pestizideinsatz verringert und die biologische Vielfalt gefördert werden können. So könnten kleine Flächen im Ackerbau pestizidfrei belassen werden, was den Feldvogelarten und der Kontrolle des Wildkrautbesatzes zu Gute käme. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-26, Fax -84
eMail: florian.schoene@nabu.de
www.nabu.de

Erfolgreicher Protest gegen Haifischsteak-Angebot

Lebensmitteldiscounter gab Tier- und Naturschutzverbänden nach

Der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) hat die Entscheidung der Supermarktkette Lidl begrüßt, den Verkauf von Haifisch-Steaks zu stoppen und diese künftig nicht mehr im Sortiment anzubieten. Mit dem Verkaufsstopp reagierte Lidl auf den Protest des VDST sowie des Naturschutzbundes (NABU), des Internationalen Tierschutz-Fonds (IFAW) und der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) im Mai.

Die Verbände kritisierten die "verantwortungslose Geschäftspraxis" des Discounters und forderten die Verbraucher/innen auf, keine Hai-Steaks zu kaufen. Weltweit seien alle Haiarten in ihren Beständen bedroht und müssten geschützt werden, so der Sporttaucher-Verband.

Haiprodukte wurden bislang hauptsächlich in Asien angeboten. Auf dem deutschen Markt werden neben Steaks Haifisch-Produkte unter Handelsnamen wie Seeaal, Schillerlocken, Kalbsfisch, Speckfisch, Karbonadenfisch, Königsaal, Steinlachs und Seestör verkauft.

Schillerlocken: Dornhai ging um 90 % zurück

Schätzungen zufolge sind die Bestände des Dornhais, aus dessen Fleisch Schillerlocken produziert werden, im Nordatlantik in den letzten zehn Jahren um fast 90 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig steigt weltweit die Nachfrage nach Haiprodukten. Vor wenigen Monaten scheiterte der Versuch Deutschlands, die Dorn- und Heringshaie unter den Schutz der Washingtoner Artenschutz-Konvention zu stellen. Vor diesem Hintergrund appellierten IFAW, NABU, VDST und ZGF an Verbraucher und Unternehmen, keine der vom Aussterben bedrohten Haie zu kaufen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verband Deutscher Sporttaucher (VDST), Umweltexperte Ralph O. Schill, Berliner Str. 312, 63067 Offenbach
Tel. 069 / 981902-5, Fax -98
eMail: umwelt@vdst.de
www.vdst.de

Bundesrat verhindert mehr Verbraucherinformation

Opposition lehnte umfassende Behörden-Auskunftspflicht ab

Das Vorhaben von Bundesverbraucherministerin Renate Künast, die Verbraucherinformationen über mögliche Gesundheitsrisiken und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln zu verbessern, ist gescheitert. Union und FDP lehnten die Auskunftspflichten für Behörden, die im Lebens- und Futtermittelrecht verankert werden sollten, Mitte Juni im Vermittlungsausschuss ab. Es war bereits der zweite Anlauf der Ministerin. Schon 2002 hatten die Unionsländer ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz verhindert.

Behördenauskunft nur im Gefahrenfall

Im neuen Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch sollte das Recht der Verbraucher auf Auskunft über Gesundheitsgefahren, Herkunft und Kennzeichnung von Lebensmitteln bei den zuständigen Behörden verankert werden. Die Risikokommunikation, die Behörden befugt, im Gefahrenfall Auskunft zu geben, ist jedoch im Gesetzentwurf verblieben.

Künast sprach trotzdem von einem Erfolg für den Verbraucherschutz. Das Gesetz leiste einen Beitrag zum Bürokratieabbau und zu mehr Übersichtlichkeit. So seien zehn Einzelgesetze in einem Gesetzbuch zusammengeführt und die nationalen Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit an EU-Recht angepasst. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Kurzmeldungen

Union und FDP wollen wieder Agrarstatt Verbraucherministerium

Wenn es in Deutschland im September einen Regierungswechsel gibt, wird nach dem Willen von Union und FDP das Bundesverbraucherministerium in seiner jetzigen Form abgeschafft. Die Belange der Verbraucher würden im Justizministerium angesiedelt, die bisherige Behörde von Ministerin Renate Künast wieder auf ein reines Agrarministerium reduziert. Die Begründung der Oppositionsfraktionen: Verbraucherschutz sei eine Querschnittsaufgabe. Das kritisierte der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv): Auch Arbeitsplätze zu schaffen sei eine Querschnittsaufgabe, doch das Wirtschaftsministerium werde darum noch lange nicht abgeschafft. (mbu)

vzbv, Tel. 030 / 258000, www.vzbv.de

■

Lesenswert

Newsletter Agrarforschung

Der Projektträger Agrarforschung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) hat einen neuen Internet-Newsletter zu den Themen Pflanze und Boden, Tier, Sozioökonomie, Humanernährung und Verbraucherschutz eingerichtet. Darin werden regelmäßig neue Ausschreibungen und Bekanntmachungen zu geplanten Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) veröffentlicht. (mbu)

Newsletter Agrarforschung: www.ble.de - "Forschung..." - "Forschungsaufträge..." - "Newsletter..."

Kritischer Papierbericht 2005

Selbst in Zeiten schwacher Konjunktur ist der Papiermarkt eine Wachstumsbranche. Bei 224 kg pro Kopf und Jahr liegt der Papierverbrauch in Deutschland. Doch die Herstellung ist alles andere als unproblematisch. Das zeigt der im Juni veröffentlichte Kritische Papierbericht 2005. Er informiert über die ökologischen und sozialen Folgen von Papierproduktion und -verbrauch. Herausgeber ist die Initiative 2000 plus, ein Zusammenschluss von Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie Kommunen für eine zukunftsfähige Papiernutzung. Der Papierbericht nennt zahlreiche Vorschläge, wie die begrenzte Papierfasermenge besser genutzt werden und die in Deutschland schon gut funktionierende Altpapiersammlung optimiert werden kann. Die Autor/innen geben auch Tipps zum privaten und öffentlichen Papiereinkauf. Außerdem liefert der Bericht einen Vergleich internationaler Umwelt- und Sozialstandards. In Deutschland haben mehrere Umwelt- und Verbraucherverbände einen Aufruf an Papierhandel und -industrie für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards verfasst. Die Branche müsse sich Regeln setzen, die Waldzerstörung und Landraub ausschließen. (mbu)

Jupp Trauth, Evelyn Schönheit: Kritischer Papierbericht 2005, 40 S., 7,- Euro; Bezug: Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA), August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Tel. 0521 / 65 943, eMail: monika.nolle@araonline.de

■

Deutschland hat unendlich viel Energie

Kampagne für Erneuerbare Energien will Informationsdefizite beheben

Deutschland ist Innovationsführer in nahezu allen Bereichen der Erneuerbaren Energien. Grund dafür sind innovative rechtliche Rahmenbedingungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und Maßnahmen zur Markteinführung zum Beispiel von Solarthermie-, Biomasse-, Biogas- und Geothermieanlagen. Mehr als 130.000 Menschen sind bereits bei Firmen aus der Erneuerbare-Energien-Branche beschäftigt.

Rund 70 Millionen Tonnen Kohlendioxid werden jährlich bei Kraftstoffverbrauch, Strom- und Wärmeerzeugung eingespart. Das Umsatzvolumen im Bereich der Erneuerbaren Energien beträgt 11,5 Milliarden Euro jährlich, das Exportvolumen liegt bereits bei mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr. Sinkende Erzeugungskosten werden die Erneuerbaren Energien schon im nächsten Jahrzehnt wettbewerbsfähig gegenüber fossilen Brennstoffen machen. Dadurch sinkt die Importabhängigkeit von teuren fossilen Energieträgern und die Energieversorgung wird nachhaltig gesichert.

Erneuerbare haben gutes Image, doch Faktenwissen fehlt oft

Die Bevölkerung bringt den Erneuerbaren Energien grundsätzlich Sympathien entgegen. Gleichzeitig kennen jedoch viele Menschen weder die Erfolge noch die Chancen der Erneuerbaren Energien. Vor diesem Hintergrund ist die bundesweite Informationskampagne für Erneuerbare Energien von der Gesamtbranche ins Leben gerufen worden. Sie will die positive Grundstimmung für Erneuerbare Energien argumentativ untermauern. Unter dem Slogan "Deutschland hat unendlich viel Energie" wird die Kampagne in den kommenden drei Jahren die Öffentlichkeit über die Vorteile einer Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energieträger informieren. Im Ergebnis soll die Akzeptanz für Erneuerbare Energien bei Öffentlichkeit, Medien und Politik gestärkt werden. Dabei ist die Kampagne partei- und gesellschaftsübergreifend angelegt.

Klimafreundlich, krisensicher, ressourcenschonend, kostensenkend

Für Kampagnenleiterin Simone Peter liegen die Chancen der Erneuerbaren

Energien auf der Hand: "Sie haben das Potenzial, die Energieversorgung klimafreundlich, krisensicher, ressourcenschonend und kostensenkend zu sichern. Zudem geben sie enorme Wachstumsimpulse für Beschäftigung, Entwicklung, Produktion und Export."

Professionelle Presse- und Informationsarbeit

Der Schwerpunkt der Kampagne liegt auf professioneller PR-Arbeit. Dazu zählt klassische Pressearbeit, die Erstellung von Informationsmaterial im Print-, Funk- und Filmbereich sowie die Aufnahme von O-Tönen und Interviews. Ein eigener Informationsdienst liefert gut recherchierte Berichte, Daten und Fakten über Erneuerbare Energien an Medien, Politik, Wirtschaft und Verbände. Zu beziehen sind die Informationen sowohl über einen Verteiler als auch über die Internetseite. ●

Mit Informationsständen ist die Kampagne auch auf öffentlichen Veranstaltungen vertreten. Ihr Logo - eine liegende 8 als Zeichen für Unendlichkeit - war im Juni zum Beispiel auf der Freiburger Messe Intersolar, auf dem Bauerntag in Rostock sowie auf dem VDEW-Kongress in Berlin zu sehen. Auch beim Weltjugendtag vom 16.-21. August in Köln und Bonn wird die Kampagne mit einem Stand vertreten sein, ebenso auf der Messe HusumWind Ende September. "Ganz wichtig sind für uns auch die Parteitage, denn hier haben wir dir Möglichkeit, direkt mit Politikern ins Gespräch zu kommen", sagt Simone Peter. Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl bucht die Kampagne daher gegenwärtig Standplätze auf den Programm- parteitagen aller großen Parteien.

"Essener Deklaration": Ziele bis 2020

Der Startschuss für die Kampagne fiel am 6. April vor der Kulisse der Zeche Zollverein in Essen. Gemeinsam mit dem Kampagnenschirmherrn, UNEP-Direktor Prof. Dr. Klaus Töpfer (CDU), und mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) stellten Vertreter der Erneuerbaren-Branche mit der "Essener Deklaration" ihre Ziele für die nächsten 15 Jahre vor:

1. Bis 2020 sollen mindestens 20 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs an Strom, Wärme und Kraftstoffen aus heimischen Erneuerbaren Energien gedeckt werden.
2. Die Beschäftigtenzahl wird von heute 130.000 auf über 500.000 im Jahr 2020 gesteigert.

3. Die Kosten der Erneuerbaren Energien werden innerhalb der nächsten 15 Jahre im Durchschnitt um weitere 40 Prozent gesenkt und liegen dann im Mittel unter den Kosten für herkömmliche Energieträger.

4. Die Branche strebt ein durchschnittliches Branchenwachstum von mindestens 10 Prozent pro Jahr an.

5. Bis 2020 werden hierfür in Deutschland Investitionen in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro getätigt werden.

6. Der Exportanteil der meisten Produkte wird in den nächsten Jahren auf 70 Prozent steigen. Das jährliche Exportvolumen wird dann etwa 15 Milliarden Euro betragen.

7. Deutschland bleibt Leitmarkt und baut seine Position als Technologie- und Innovationsführer in allen Bereichen der Erneuerbaren Energien aus. Weltweit setzt sich die Branche für das neue Leitbild einer ressourcenschonenden Energiegewinnung ein.

8. Die jährliche CO₂-Einsparung durch Erneuerbare Energien wird gegenüber dem in Kyoto festgelegten Ausgangsjahr 1990 mehr als 270 Millionen Tonnen betragen. Dies ist der entscheidende Beitrag, um das nationale Ziel von 40 Prozent Einsparung bis 2020 zu erreichen.

9. Die jährliche Einsparung an Öl-, Gas- und Kohleimporten wird im Jahr 2020 etwa 20 Milliarden Euro betragen.

10. Mit der Verringerung von Umweltschäden, Subventionen und Ressourcenabhängigkeiten wird Deutschlands Energiewirtschaft zukunftsfähig.

■
Gastautor: Christoph Podewils, Kampagne "Deutschland hat unendlich viel Energie"

• Weitere Informationen

Deutschland hat unendlich viel Energie, Informationskampagne für Erneuerbare Energien, Energieforum Berlin, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin
Tel. 030 / 200535-53, -55, Fax -51
eMail: kontakt@unendlich-viel-energie.de
www.unendlich-viel-energie.de

Naturschutzverbände fordern Ausbau der Windenergie

DNR startet Informationskampagne zur Windenergie an Land

Mit einer Informationskampagne wirbt der DNR für den weiteren umwelt- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie in Deutschland. "Wir dürfen bis 2050 nur noch 20 Prozent der Treibhausgase in die Atmosphäre blasen, die wir im Jahre 1990 produziert haben", sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen zum Kampagnenstart im Juni. Dies sei nur möglich, wenn der heutige Energieverbrauch halbiert werde. Die notwendigen Techniken zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen stünden längst bereit.

In Zukunft ist nach Auffassung des Umwelt-Dachverbandes der restliche Energiebedarf vorwiegend durch erneuerbare Energien zu decken. Das derzeit bedeutendste Potenzial weise die Windenergie auf. Die Nutzung der Windenergie und die Belange des Natur- und Umweltschutzes schlossen sich nicht aus, sondern könnten in Einklang gebracht werden, sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin zum Auftakt der DNR-Kampagne

Windenergie ist unschädlich für den Menschen

Windkraft birgt im Gegensatz zur Atomkraft keine elementaren Gefahren für Menschen und die Umwelt. Sie gefährdet nicht Gesundheit und Wohlbefinden durch den Ausstoß von Stäuben und Gasen wie die Nutzung fossiler Energieträger. Eine schädliche Veränderung der Erdatmosphäre durch Windenergie findet nicht statt. Auch das Risiko, dass defekte Rotorblätter Schäden in der Landschaft anrichten, ist äußerst gering. Der Leiter der Kampagne Günter Ratzbor verwies auf eine Studie des TÜV Nord, wonach Trümmerstücke von einem abgerissenen Rotorblatt ein Feld von 100 Quadratmetern in einem Umkreis von 100 m um den Standort alle 10.000 bis 100.000 Betriebsjahre treffen könnten.

Vorwurf der Verschandelung der Landschaft zurückgewiesen

Windkraftanlagen können wegen ihrer Größe und Gestalt die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes beeinträchtigen. Allerdings ist die Kulturlandschaft in Deutschland bereits in hohem Maße durch Siedlungen, Industrie und Infrastruktur wie Hochspannungslei-

tungen geprägt. Wenn besonders naturnahe Räume und Landschaften von außergewöhnlicher Schönheit von Windrädern freigehalten werden, sei auch bei einem weiteren Ausbau der Windenergie mit einer hohen Akzeptanz der Bevölkerung zu rechnen, sagte Röscheisen.

Vogelschutz muss gesichert sein

Für die Vögel ist die Windenergienutzung kein großes Problem, wenn die bedeutenden Vogelbrut-, Rast- sowie Feuchtgebiete freigehalten werden. Bei einer vernünftigen Standortwahl können die meisten Konflikte vermieden werden. Zum Schutz der Fledermäuse sollten Standorte an Waldrändern und - soweit das Gefährdungspotenzial nicht genau bestimmt werden kann - auch Wälder für Windkraftanlagen nicht genutzt werden.

Im Rahmen der Informationskampagne fand am 6. Juli in Kassel ein Multiplikatorensseminar zum Thema umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung an Land statt. Begleitend zur Kampagne ist seit Juni die Informationsbroschüre "Windkraft im Visier" erhältlich. (mbu) ■

Siehe auch Beilage in diesem Heft.

• Weitere Informationen

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de
Anmeldung zum Seminar und Bezug der Broschüre unter o.g. Adresse

Störfall in Sellafield löste Debatte über Atompolitik aus

Rot-Grün: Atomausstieg fortsetzen - Union: Deutsche AKWs sind sicherer

Der jüngste Störfall in der britischen Atomanlage Sellafield hat Anfang Juni im Bundestag zu einer Debatte über die Zukunft der Kernenergie geführt. Zwar verurteilten alle Fraktionen den monatelang unentdeckten Zwischenfall als inakzeptabel, die Bewertung der Konsequenzen für Deutschland fiel jedoch unterschiedlich aus. Während Politiker/innen von Rot-Grün den Ausstieg aus der Atomenergie verteidigten, forderte die Opposition den Weiterbetrieb deutscher Kraftwerke. Union und FDP nannten als Begründung, die Sicherheitsstandards in Deutschland seien höher.

Gerissenes Rohr in Atomanlage monatelang unentdeckt

In der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield war ein Leck in einer Rohrleitung offenbar mehrere Monate lang unentdeckt geblieben. Durch ein gerissenes Rohr liefen in diesem Zeitraum Zehntausende Liter uran- und plutoniumhaltiger Salpetersäure aus. Bundesumweltminister Jürgen Trittin sagte, es gebe Hinweise, dass das Rohr bereits im August 2004 Schäden aufgewiesen habe. Der Störfall zeige, dass die Gefahren, die mit dieser Technologie verbunden sind, nur durch einen Verzicht auf Atomenergie beseitigt werden könnten.

Auch die SPD erklärte, sie stehe weiter zum Atomausstieg. Die Union bekräftigte dagegen ihre Auffassung, ohne Kernenergie könne Deutschland seine Klimaschutz-Ziele und den zugesagten Abbau von CO₂-Emissionen nicht erreichen. Die FDP warf der Regierung vor, sie wisse nicht, wie sie die Kernenergie ersetzen wolle. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Energiepolitische Weichen auf schwarz gestellt

Entlastungen für Stromversorger und Industrie in Aussicht gestellt

Die Kanzlerkandidatin von CDU und CSU, Angela Merkel, hat für den Fall der Regierungsübernahme eine Wende in der Energiepolitik angekündigt. Zudem will sie die Kraftwerksbetreiber und die Industrie stark entlasten. Unter anderem stellte Merkel in Aussicht, die Ökosteuern zu reduzieren. Weitere Projekte der rot-grünen Energiepolitik will die CDU-Chefin nach eigener Aussage korrigieren: den Emissionshandel, den Ausstieg aus der Atomenergie, den Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien.

Kioto-Protokoll und Emissionshandel sollen auf den Prüfstand

Außerdem solle das Kioto-Protokoll und dessen Auflagen zur Reduktion der Treibhausgase auf den Prüfstand kommen. Erforderlich sei ein "Kioto-Plus", sagte Merkel. Dabei müssten die USA eingeschlossen werden, die ihre Emissionen bisher nicht begrenzen wollen. Auch die rot-grünen Pläne zur Verschärfung des Emissionshandels ab 2008 würden geändert. Nur Deutschland und Großbritannien hätten sich im Rahmen des Emissionshandels verpflichtet, den Treibhausgasausstoß zu senken. Dies bedeute Wettbewerbsnachteile.

Die Ökosteuern sollte nach dem Willen der Unionschefin mittelfristig gesenkt werden. Merkel sympathisierte mit dem Vorschlag der Stromkonzerne, die Menge des eingespeisten Ökostroms mit Quoten zu begrenzen. Inzwischen hieß es bei der Union jedoch einschränkend, die Einnahmen der Ökosteuern seien unverzichtbar für die Rentenfinanzierung. Der BUND kritisierte die Unionspläne und plädierte dafür, die Ökostrom-Förderung zu bewahren. Der Verband forderte alle Parteien auf, sich gegen die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetz auszusprechen. (mbu)

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Energiewirtschaftsgesetz ohne Stromkennzeichnung

Regulierungsbehörde soll künftig die Netzentgelte kontrollieren

Das Energiewirtschaftsgesetz hat Bundestag und Bundesrat passiert und kann am 1. Juli in Kraft treten. Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt, die für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt sowie langfristig für sinkende Strom- und Gaspreise sorgen soll. Außerdem sollen damit Milliardeninvestitionen in den Bau von Kraftwerken und Netzen finanziert werden. Die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation soll künftig als Bundesnetzagentur auch die Strom- und Gasnetze regulieren und den Netzbetreibern Höchstpreise vorschreiben.

Atomstromanteil steht bald auf jeder Rechnung

Während die Stromwirtschaft das Gesetz in großen Teilen lobte, kritisierten Umwelt- und Verbraucherverbände die Einigung. So bemängelte der BUND, dass die im Gesetzentwurf vorgesehene detaillierte Kennzeichnungspflicht für die Stromrechnungen bei dem Kompromiss stark eingeschränkt wurde. Für einen echten Wettbewerb sei es wichtig, dass der Kunde sich informieren kann, wie hoch der Anteil von Wind- und Wasserkraft, von Braunkohlestrom oder Atomenergie in seinem Strommix ist. Ähnlich äußerten sich der NABU und die Verbraucher Initiative. Der Energiemarkt brauche mehr Transparenz und echte Wahlfreiheit, hieß es.

Da wenigstens der Atomstromanteil künftig auf jeder Rechnung erkennbar sei, so der BUND, könne der Stromkunde dann durch den Wechsel zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter gegen eine Regierung stimmen, die den Wiedereinstieg in die Atomtechnologie plane. (mbu)

• Weitere Informationen

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-421, Fax -449
eMail: presse@bund.net
www.bund.net

Kurzmeldungen

Atommülltourismus ist beendet

Nach 30 Jahren sind die Transporte abgebrannter Brennelemente aus Deutschland in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) beendet. Wie Bundesumweltminister Jürgen Trittin mitteilte, hat der AKW-Betreiber Vattenfall nach dem Störfall in der britischen WAA Sellafield (siehe vorhergehende Seite) auf einen letzten geplanten Transport aus dem AKW Krümmel verzichtet. Damit stand schon vor dem In-Kraft-Treten des gesetzlichen Verbots am 1. Juli fest, dass kein deutscher Atom Müll mehr nach La Hague und Sellafield transportiert wird. Nach Angaben der Gruppe Ökologie (GÖK) in Hannover wurden seit 1976 Brennelemente mit insgesamt 6.265 Tonnen radioaktivem Schwermetall ins Ausland transportiert - 5.400 Tonnen nach La Hague, 865 nach Sellafield. (mbu)

Gruppe Ökologie, Hannover, Tel. 0511 / 7622622, www.hannover.de/deutsch/ver_umwe/umwelt/umw_bera/umw_fors.htm

Sortenzulassung für Gen-Mais in Deutschland verschoben

Begründung: Weiteres Gutachten zum Gentechnikrecht fehlt

In Deutschland darf weiterhin kein Saatgut aus genverändertem Mais in den Handel. Der zuständige Fachausschuss im Bundesortenamt vertagte Ende Mai die Entscheidung über die Zulassung manipulierter Maissorten. Dabei ging es um mehrere Sorten, die aus dem Gen-Mais MON810 von Monsanto hervorgegangen sind. Im Versuchs- und Erprobungsanbau wird Saatgut dieser Sorten schon seit mehreren Jahren verwendet.

Rechtlich ist der Handel mit Saatgut erst nach der Sortenzulassung erlaubt. Als Grund für die Verschiebung nannte das Bundesverbraucherministerium ein gentechnikrechtliches Gutachten, dessen Ergebnisse noch nicht vorlagen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hatte sich zuvor gegen eine Sortenzulassung nach rein formalrechtlichen Kriterien ausgesprochen. Sie plädierte dafür, neben weiteren rechtlichen Fragen auch ökonomische zu berücksichtigen. Außerdem sei es bedenklich, auf eine der ersten gentechnisch veränderten Pflanzen eine veraltete Risikobewertung anzuwenden.

Monsanto will gegen Zulassungsverbot klagen

Der US-Agrarkonzern Monsanto kündigte an, beim Verwaltungsgerichtshof Hannover einen Eilantrag gegen die verweigerte Zulassung zu beantragen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft, Mute Schimpf, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381 / 9053173, Fax / 492221
eMail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Wird das Gentechnik-Gesetz komplett zurückgenommen?

Union und FDP wollen Agro-Gentechnik wesentlich erleichtern

Für den Fall eines Regierungswechsels haben CDU/CSU und die FDP eine Kehrtwende in der Agrarpolitik angekündigt. Vor allem das Gentechnikgesetz komme auf den Prüfstand, hieß es aus beiden Fraktionen. Der zweite Teil der Gesetzesnovelle ist Mitte Juni im Vermittlungsausschuss gescheitert.

Union und Liberale wollen nach eigenen Angaben vor allem die Vorschriften neu regeln, die aus ihrer Sicht die landwirtschaftliche Nutzung genveränderter Pflanzen unnötig erschweren. Das sind die strengen Anbau- und Haftungsregeln sowie ein Standortregister für Flächen mit genmanipulierten Pflanzen. Lockerere Zulassungsbedingungen für den Anbau von Gen-Saaten führen nach Auffassung von Rot-Grün zur Kontamination konventionell und ökologisch bestellter Felder.

Gentechnikgesetz Teil II und Beobachtungsverordnung gescheitert

Zwar bleibt der erste Teil des Gentechnikgesetzes vorerst in Kraft, aber mit der Ablehnung des zweiten Teils durch die Unions-Länder stagniert die seit drei Jahren fällige Umsetzung von EU-Vorschriften in deutsches Recht. Auch die Gentechnik-Beobachtungsverordnung ist in diesem Zusammenhang wahrscheinlich gescheitert. Da es für die Verordnung einer erweiterten Ermächtigung im Gentechnikgesetz II bedurfte, ist diese nicht in Kraft gesetzt worden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

"Freiwillige Feldbefreiung" gegen Genmais im Naturpark

Alternative Nobelpreisträger unterstützen "zivilen Ungehorsam"

Umweltaktivisten haben eine Aktion gegen Gentechnik-Pflanzen in der Nähe von Berlin angekündigt. Am 30. und 31. Juli soll bei einer "freiwilligen Feldbefreiung" rechtzeitig vor der Ernte Genmais gezielt zerstört werden. Mit der Aktion im Naturpark Märkische Schweiz sollen, so der Aufruf, "die Bürger nachhaltig aufgerüttelt und zu neuer Entschlossenheit bewegt" werden.

Erstmals kommerzieller Genmais

In sechs Bundesländern haben Bauern im Mai das umstrittene Saatgut der Firma Monsanto ausgebracht, das die Maispflanzen durch Genmanipulation insektenresistent machen soll. Obwohl die Verbraucher keine Gentechnik-Pflanzen in ihren Lebensmitteln und in der Natur haben wollten, erlaube die EU den kommerziellen Anbau in Europa, sagte der Imker Jürgen Binder, Mitinitiator der Aktion. Es gehe um das Prinzip der Gefahrenabwehr. Bürgerinnen und Bürger übernahmen da Verantwortung, wo sich der Staat nicht mehr traue gegen die Interessen der Agrokonzerne zu handeln.

Prof. Succow: Gentechnik spitzt Probleme nur noch weiter zu

► Zahlreiche Gentechnik-Gegner erklärten öffentlich ihre Absicht, sich an der "Feldbefreiung" zu beteiligen. Auch sieben Träger des Alternativen Nobelpreises bekundeten ihre Unterstützung, darunter Prof. Dr. Michael Succow von der Universität Greifswald, einer der führenden Naturschutzexperten Deutschlands. "Mit der 'Wunderwaffe' Gentechnik spitzen wir die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit noch weiter zu", warnte Succow.

Vorbilder der "Feldbefreier" sind Aktionen mit breiter Beteiligung in Frankreich und Indien. Die öffentliche Ankündigung und Durchführung soll zeigen, dass es "nicht um Sachbeschädigung, sondern um ein Umdenken in Richtung einer qualitätsbewussten Ernährung" geht. (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

Kampagne "Gendreck weg!", Jürgen Binder, PF 41, 72101 Rottenburg
Tel. 07472 / 44-2370, Fax -1532
eMail: aktion@gendreck-weg.de
www.gendreck-weg.de

Lesenswert

Lehr-CD-ROM: Gentechnik und Lebensmittel

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat eine aktualisierte Version ihrer CD-ROM "Gentechnik und Lebensmittel" herausgebracht. Darauf findet sich ein multimediales Lehr- und Lernprogramm, das die konträren Standpunkte der Grünen Gentechnik aufzeigt. Außerdem bietet die CD zahlreiche Informationen, Unterrichtsvorschläge, Adressen und Links zum Thema. In fiktiven TV-Diskussionsrunden werden wesentliche Argumente und Diskussionslinien deutlich gemacht. Auch Aspekte wie Welternährung oder Konsumverhalten werden berücksichtigt. Ein Lexikon erläutert mehr als 150 Fachbegriffe. Ein Pressearchiv enthält eine Auswahl an Artikeln aus Zeitungen und Fachzeitschriften als Diskussionsgrundlage. Interaktive Spiele und Arbeitsblattvorlagen können zum Einstieg ins Thema Gentechnik oder zur Wissensüberprüfung eingesetzt werden. Die Lehr-CD-ROM soll vor allem Lehrer und Multiplikatoren der Erwachsenenbildung ansprechen. (mbu)

Gentechnik und Lebensmittel - Sackgasse oder Fortschritt? Eine kritische Bestandsaufnahme, CD-ROM, 19,- Euro; Hrsg./Bezug: Verbraucherzentrale NRW, Versand, Adersstr. 78, 40215 Düsseldorf, Tel. 0180 / 5001433, Fax 0211 / 3809235, eMail: publikationen@vz-nrw.de

Gentechnikfreie Regionen im Internet

Seit Juni ist das neue Internetportal www.gentechnikfreie-regionen.de online. Die Partner des Projekts "Gentechnikfreie Regionen in Deutschland" veröffentlichen dort Daten zu den Regionen, in denen die Landwirte ihre Felder ohne Gentechnik bewirtschaften. Projektpartner sind das Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen (IAW), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der BUND. In Deutschland wird zurzeit auf einer Fläche von 1,2 Millionen Hektar erklärtermaßen ohne Gentechnik gewirtschaftet. In 66 gentechnikfreien Regionen und Initiativen haben sich bereits mehr als 15.500 Landwirte zusammengeschlossen. Weitere 1.000 Landwirte haben für ihren Betrieb eine Erklärung "Wir arbeiten ohne Gentechnik" abgegeben. (mbu)

www.gentechnikfreie-regionen.de



Entwicklung der Umweltbildung prognostiziert

Expertenkonferenz erarbeitete strategische Optionen bis 2015

Optionen für die strategische Ausrichtung der Umweltbildung in den nächsten zehn Jahren hat das Projekt STRATUM¹ erarbeitet. Die auf einer Experten-Konferenz modellierten Szenarien basieren nach Angaben des Veranstalters auf einer Fülle einzelner Einschätzungen von Einflussfaktoren und deren fester Verknüpfung. Organisiert wird der Prozess vom Bundesverband TuWas.

Bereits vor der Konferenz war ein Katalog von 76 Einflussfaktoren in 13 so genannten Trendbereichen aufgestellt worden. Diese Bereiche reichten vom "Zustand der Natur" und dem "Umgang mit der Umwelt" über den gesamten Bildungsbereich bis hin zum allgemeinen Umfeld der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklung.

Sechs unterschiedliche Rohszenarien entwickelt

Auf der Konferenz zogen die Teilnehmer aus den 76 Einflussfaktoren 20 Schlüsselfaktoren heraus, für die jeweils mehrere verschiedene Zukunftsprojektionen erarbeitet wurden. Sechs unterschiedliche Rohszenarien wurden entwickelt. Der Ausformulierung der Szenarien folgte dann ein erster Schritt zur Ableitung von Handlungsoptionen und Strategien für die künftige Entwicklung der Umweltbildung. Dabei ergaben sich belastbare Strategien, die auf die Chancen und Risiken mehrerer unterschiedlicher Szenarien antworten. (db)

• Weitere Informationen

TuWas Bundesverband, Haidenau-
platz 2, 81667 München
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71
eMail: info@tuwas.net
www.tuwas.net

Kurzmeldungen

Bundesregierung fördert Nachhaltigkeitsprojekte

Im Rahmen ihrer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie will die Bundesregierung Nachhaltigkeitsinitiativen und bürgerschaftliches Engagement fördern. Daher unterstützt das Bildungsministerium die Bundesaktion "Bürger initiieren Nachhaltigkeit", die vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) durchgeführt wird. Die Aktion wendet sich an Initiativen, die in ihrer Stadt und Gemeinde oder in der Region wegweisende, übertragbare Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit leisten. Vor allem Stadtteilgruppen, örtliche Bildungsträger, regionalwirtschaftliche Kooperationen, Verbraucherschützer, Umweltgruppen, Kirchen oder Gewerkschaften sollen von den Fördermitteln profitieren. Unterstützt werden dabei nicht nur neue, sondern vor allem bereits bestehende Projekte. (db)

difu, Umwelt & Verkehr, Jens Libbe, Berlin
Tel. 030 / 39001-115, www.bund-bin.de

EU-Ökoranking: Ressourcenverbrauch zu hoch - Deutschland im Mittelfeld

Flächenverbrauch, Konsum und CO₂-Ausstoß der EU-Länder sind zu hoch. Das zeigt ein WWF-Report vom Juni, der den Ressourcenverbrauch der 25 Mitgliedstaaten untersucht hat. Nach Einschätzungen des WWF verbraucht die EU 2,2 Mal soviel natürliche Ressourcen wie ihr entsprechend der biologischen Kapazität Europas zusteht. Orientiert hat sich der WWF bei seiner Analyse an dem so genannten "ökologischen Fußabdruck". Der Ansatz rechnet den Verbrauch an natürlichen Ressourcen in Fläche um. Während der Ressourcenverbrauch in Frankreich und Großbritannien gestiegen ist, kann Deutschland seit Ende der siebziger Jahre einen leichten Rückgang verzeichnen. Der WWF führt das auf die führende Rolle bei Umweltinnovationen zurück. Der Pro-Kopf-Verbrauch sei aber immer noch doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt. Beim Ranking nimmt Deutschland deshalb nur eine mittlere Position ein. (db)

WWF, Frankfurt/Main, Tel. 069-791440,
eMail: info@wwf.de, www.wwf.de

Lesenswert

UN-Atlas macht Umweltzerstörung mit Satellitenfotos anschaulich

Durch den hohen Verbrauch an Wasser, Nahrung und Holz sowie den zusätzlichen Müll haben Städte den größten Anteil an der zunehmenden Umweltverschmutzung und -zerstörung. Ein Atlas des UN-Umweltprogramms UNEP, in dem neueste Satellitenbilder mit solchen aus vergangenen Jahrzehnten verglichen werden, macht das Ausmaß sichtbar. Aufnahmen zeigen, wie in der Umgebung von Städten wie Peking, Delhi und Santiago Wasservorräte verschwinden, Ackerland zerstört und Flussbetten verschmutzt werden. Weitere Bilder veranschaulichen, wie sich die steigende Zahl von Gewächshäusern in Spanien, das Bevölkerungswachstum in Los Angeles, die Abholzung der Regenwälder oder das Anlegen neuer Shrimp-Farmen in Asien und Lateinamerika auf Natur und Umwelt auswirken. Der Atlas soll vor allem Bewohnern von industrialisierten Staaten zeigen, wie ihr Lebensstil die Umwelt zerstören kann. (db, jg)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.): One Planet, Many People. Atlas of Our Changing Environment; Nairobi 2005, 332 S., 150,- US\$, Kostenlose Online-Version (auszugsweise, englisch): www.na.unep.net/OnePlanetManyPeople

Fair Future - Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit

Die Weltbevölkerung und ihr ungleich verteilter Konsum wachsen immer weiter, Probleme wie Wasser- und Ressourcenknappheit nehmen entsprechend zu. Angesichts einer schon jetzt überforderten Biosphäre wird der Kampf um die knappe Natur die Krisen des 21. Jahrhunderts mitbestimmen. Verfasst von Naturwissenschaftlern, Ökonomen, Juristen und Philosophen, liefert dieses Buch eine Analyse der Konfliktlagen, erläutert die Hindernisse auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft, entwirft Perspektiven einer Politik der Ressourcengerechtigkeit und umreißt die wichtigsten Elemente einer globalen Umwelt- und Wirtschaftspolitik, die gleichermaßen der Natur wie den Menschen verpflichtet ist. (db)

Wuppertal Institut (Hrsg.): Fair Future - Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit; C.H. Beck Verlag, München 2005, 278 S., 19,90 Euro

¹ "STRATegische Unternehmensentwicklung Umweltbildung" zur Sicherung und Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen der (außerschulischen) Umweltbildung

Umweltverbände gestalten Biodiversitätsstrategie mit

Partizipationsprozess abgeschlossen

Die Bundesregierung hat im letzten Quartal 2004 beschlossen, eine eigenständige "Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt" vorzulegen, nachdem im Fortschrittsbericht zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie "keine Festlegung von Themen für den Fortschrittsbericht 2006 erfolgte". Ein Jahr zuvor hatten die Umweltverbände von Bundesumweltminister Jürgen Trittin noch vergeblich eine solche Strategie gefordert.

Inzwischen ist der zeitlich umfangreiche Verbände-Partizipationsprozess abgeschlossen. Er diente innerhalb der Gruppe der Teilnehmenden der gegenseitigen Information und Netzwerkbildung, dem "Austesten" von sprachlichen Unklarheiten und vor allem der Konkretisierung und Strukturierung des Inhalts der Biodiversitätsstrategie.

Von den Verbandsvertretern wurden u. a. folgende Punkte eingebracht:

- Notwendigkeit der Verlinkung der Biodiversitätsstrategie mit weiteren nationalen Strategien (z. B. Nachhaltigkeitsstrategie, Nationale Strategie für ländliche Entwicklung) und auch mit internationalen Prozessen (Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg WSSD, 2010-Ziel, Beschlüsse der Vertragsstaatenkonferenzen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD) und der EU-Biodiversitäts-Strategie
- Notwendigkeit stärkerer Beachtung von Wechselwirkungen und Querverbindungen der einzelnen Politikfelder in der Nachhaltigkeitsstrategie
- Notwendigkeit einer Erfolgskontrolle der

Ziele der Biodiversitätsstrategie über ein Monitoring oder/und EU-Biodiversitäts-Indikatoren

- Vorschlag einer Kommunikationsoffensive für die breite Öffentlichkeit und für andere Politikbereiche
- Einfordern der Berücksichtigung der 2010-Ziele (WSSD, CBD, EU-Umweltaktionsprogramm) und des 10%-Ziels der IUCN-WCPA ist einzufordern.
- Es wird eine Anlehnung an die Systematik der CBD empfohlen, die semantisch konsistenter ist. Ein allgemein verständlicher Abschnitt mit begrifflichen Definitionen sollte in das Kapitel "Ausgangslage" aufgenommen werden.
- Eine Analyse der bisher eingesetzten Instrumente bzw. sektoralen Wirtschaftsweisen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie eine Darstellung ihrer Erfolge und Misserfolge sollte ebenfalls aufgenommen werden.

Für die zukünftige Außenwirkung ist das wichtigste Ergebnis, dass erstmals Qualitäts- und Handlungsziele festgelegt werden, wie die Biodiversitätsstrategie kommunizierbarer wird.

Kritisch abzuwarten bleibt die Einbindung anderer Politikfelder. Die Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie kann nicht alleinige Aufgabe des Umweltministers sein, sondern betrifft letztendlich als Querschnittsaufgabe alle relevanten Ressorts. Schwerpunktmäßig sind vor allem das Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, das Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium sowie das Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit betroffen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hatte deshalb die Forderung nach einer interministeriellen Arbeitsgruppe Biodiversitätsstrategie unter-

stützt, die die Prozesse der Ziel- und Maßnahmenformulierung koordiniert.

Die jetzige Gliederung der Biodiversitätsstrategie:

- Ausgangslage: Definition, Begründungen, Gefährdungssituation, Einbettung der Strategie in europäischen und internationalen Kontext, Handlungsbedarf
- "Konkrete Vision": je eine Seite mit Leitbildern, Qualitätszielen, Erläuterung/Begründung und Handlungszielen (27 Themen, gegliedert in die drei Oberthemen der CBD - Schutz, nachhaltige Nutzung, genetische Ressourcen - plus die Themen Umwelteinflüsse und gesellschaftliches Bewusstsein); siehe Tabellen
- Aktionsfelder: je zwei Seiten mit Instrumenten, Maßnahmen und Akteuren, Monitoring und Indikatoren (auch Berichtserstattung über Erreichung der Ziele der Strategie, Folgeprozess ("Follow-up")
- "Leuchtturm-Projekte"
- Anhänge: CBD-Beschlüsse, EU-Biodiversitätsstrategie, andere (inter)nationale Strategien, Quellen, Glossar

Parallel zum Erarbeitungsprozesses der Biodiversitätsstrategie wird das Perspektivkapitel "Biologische Vielfalt - schützen und nutzen" (10 Seiten) für die Nachhaltigkeitsstrategie 2006 erarbeitet - ohne weitere Verbändebeteiligung. Insgesamt hat die Strategie rund 100 Seiten.

Weiterer Zeitplan:

Die Biodiversitätsstrategie soll Mitte Juli an den Umweltminister gehen, danach folgen Ressortabstimmung, schriftliche Stellungnahme der Verbände im Oktober und Befassung im Kabinett im Dezember.

Auszug aus der "konkreten Vision":	
Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich	
Leitbild	Die Nutzer genetischer Ressourcen (Pharmafirmen, Wissenschaft u.a.) beachten und akzeptieren die Zugangsregelungen der Biodiversitätskonvention (CBD) zu genetischen Ressourcen und beteiligen die Herkunftsländer an den Gewinnen, die sich aus dem Nutzen der Genressourcen ergeben.
Qualitätsziele: Stichworte	Anwendung der "Bonn-Guidelines" zum Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich durch deutsche Firmen
Erläuterung/Begründung	<ul style="list-style-type: none"> - Während sich die sechs großen "Biodiversitätszentren", d. h. Regionen mit mehr als 5000 Pflanzenarten pro 10.000 km², alle in Entwicklungsländern befinden, verfügen die artenarmen Industrienationen über das gentechnologische "Know how" der Nutzung. - Gemäß CBD Art. 15.5 bedarf der Zugang zu genetischen Ressourcen der vorherigen Zustimmung der Vertragspartei, die diese Ressourcen zur Verfügung stellt. - Des Weiteren sollen der Zugang, sofern er gewährt wird, und die Aufteilung der Vorteile zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen erfolgen (Art. 15.4).

Auszug aus der "konkreten Vision": Auswirkungen deutscher Aktivitäten auf die biologische Vielfalt weltweit	
Leitbild	Deutschland als führender Industriestaat beachtet in seinem Handeln die weltweiten Auswirkungen seiner Aktivitäten und übernimmt konkret Verantwortung für die globale Erhaltung der Biodiversität.
Qualitätsziele: Stichworte	- Kreditvergabe für internationale Investitionen - Beim Produktdesign: Einbeziehung auch der Umweltauswirkungen im Ausland ("von der Wiege bis zur Bahre") - nach ökologischen und sozialen Kriterien zertifizierte Importe
Erläuterung/Begründung	- Die Gebiete mit der weltweit höchsten Biodiversität liegen in den Tropen und Subtropen und oft in Ländern, die mit Armutsproblemen zu kämpfen haben. - Weltweit verbrauchen die Menschen in Industrieländern im Schnitt das Vierfache an natürlichen Ressourcen gegenüber Menschen in Entwicklungsländern. Durch die Globalisierung können Aktivitäten in Deutschland unbeabsichtigt zu großen Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt in ganz anderen Regionen der Welt führen. Ein verantwortungsbewusstes Verhalten der deutschen Wirtschaft und der deutschen Verbraucher kann somit wesentlich zur Erhaltung der biologischen Vielfalt weltweit beitragen. - Im Jahre 2002 umfassten die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und die Gesamtleistungen Deutschlands an Entwicklungsländer 5,65 Mrd. Euro, das sind 0,27 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Vereinten Nationen haben einen Zielwert von 0,7 % beschlossen. - Mit etwa 1,6 Mrd. m ³ entstammen rund 50 % des gesamten Holzeinschlages der Welt den Tropenwäldern. Nach Statistiken der FAO betragen die weltweiten Verluste an natürlichen Wäldern zwischen 1990 und 2000 rund 12,5 Mio. Hektar pro Jahr. - Zertifizierungssysteme können das Verbrauchsverhalten in Deutschland entscheidend beeinflussen. Sie existieren bereits für Produkte aus Forstwirtschaft und Waldnutzung, Landwirtschaft und Fischerei.



Autor: Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

● **Weitere Informationen**

DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Nationaler Kleinwaldstandard verabschiedet

FSC-Zertifizierung kleiner Waldflächen wird einfacher

Bei einer Vollversammlung der FSC²-Arbeitsgruppe Deutschland im Juni ist der neue Standard für klein strukturierten Waldbesitz in Deutschland einstimmig verabschiedet worden. Dieser soll die FSC-Zertifizierung kleiner Waldflächen erheblich vereinfachen. Außerdem soll die praxisnähere Gestaltung zahlreicher Regelungen des deutschen FSC-Standards vielen Forstwirten den Nachweis der verantwortungsbewussten Waldbewirtschaftung erleichtern.

Der Kleinwaldstandard wurde im Verlauf des vergangenen Jahres im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Projekts entwickelt. Neben Ergebnissen aus zahlreichen Workshops mit Waldbesitzer/innen wurden im Entwurf Kommentare forstlicher Akteure aus ganz Deutschland und Erkenntnisse aus Pilotzertifizierungen aufgegriffen und eingearbeitet. Der Standard spiegelt nach FSC-Angaben die Meinung von Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Waldbesitzern wider und soll nun dem FSC International zur Anerkennung als national gültiger FSC-Standard für Kleinwald vorgelegt werden.

Neuer Maßstab für Waldzertifizierung in Europa

Hermann Graf Hatzfeldt, Vorstandsvorsitzender der FSC-Arbeitsgruppe, zeigte sich über die Entscheidung der Vollversammlung erfreut. Damit sei nicht nur ein neuer Maßstab für Waldzertifizierung in Europa gelegt worden. Der Standard könne außerdem einigen weiteren nationalen FSC Arbeitsgruppen in Mitteleuropa als Grundlage dienen, einen eigenen Standard für kleine Wälder zu entwickeln. (db) ■

• Weitere Informationen

FSC-Arbeitsgruppe Deutschland, Postfach 58 10, 79026 Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79
eMail: info@fsc-deutschland.de
www.fsc-deutschland.de

Bundesregierung beschließt Bericht zur Lage der Natur

"Naturschutz und Naturnutzung schließen sich nicht aus"

Anfang Juni hat das Bundeskabinett den von der Bundesregierung vorgelegten "Bericht zur Lage der Natur" beschlossen. Dieser beleuchtet die Perspektiven für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität und beschreibt zudem die Schwerpunkte der rot-grünen Naturschutzpolitik. Hier heißt es u. a., Naturschutz sei zu einem Motor regionaler Wirtschaftsentwicklung geworden. Laut einer Studie des Bundesamts für Naturschutz (BfN) haben 2004 allein die Besucher/innen der Nationalparkregion an der Müritz über 13 Mio. Euro Bruttoumsätze erzielt, so ein Beispiel aus dem Bericht. Die Natur gleichzeitig zu schützen und zu nutzen, verschaffe den Regionen Standortvorteile und Arbeitsplätze vor Ort, sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Der Bericht will auch die Perspektiven für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität beleuchten und einen Einblick in die Situation der Natur geben. Hier werden positive Beispiele genannt. So habe der Bestand der Seeadler mit rund 470 Brutpaaren 2004 wieder zugenommen. In der Oberlausitz hätten sich nach hundert Jahren wieder Wölfe angesiedelt.

Auch in anderen Politikbereichen sei das umweltpolitische Engagement der Regierung erkennbar. Als Beispiele nennt der Bericht hier die begonnene Agrarwende, den vorbeugenden Hochwasserschutz und Maßnahmen zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme wie Kürzung von Entfernungspauschale und Eigenheimzulage, aber auch die "natur- und umweltverträgliche Ausgestaltung des Bundesverkehrswegeplans". (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Postfach 300361, 53183 Bonn
Tel. 01888 / 30533-55, Fax -56
eMail: bmu@broschuerenversand.de
www.bmu.de

Bericht: s.o. oder Internet-Download:
www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/downloads/doc/35565.php

Lesenswert

Landschaft und Heimat

Eine Fachtagung des Institutes für Landschaftspflege der Universität Freiburg, der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg und des Deutschen Rates für Landschaftspflege (DRL) im November 2004 hat die Begriffe Landschaft und Heimat aus verschiedenen Blickwinkeln und Wissenschaftstraditionen betrachtet. Die Beiträge dazu sind nun zusammen mit einem Resümee des DRL als Heft 77 in dessen Schriftenreihe erschienen. Der DRL schlussfolgert, dass noch viele Teilaspekte des Komplexes "Landschaft und Heimat" weiterer Erforschung bedürfen. Heimat endgültig oder allgemeingültig definieren zu wollen sei nicht möglich. Heimatlandschaft könne sich an natürlichen oder territorial/politischen Grenzen orientieren. Im Heimatgefühl spiegele sich "die Sehnsucht nach echter Gemeinschaft und nach Einklang mit der Natur" wider. Landschaft sei eine Teilmenge von Heimat und Heimatgefühl; diese Landschaft könne auch Kulturlandschaft genannt werden. (db)

Deutscher Rat für Landschaftspflege (Hrsg.):
Landschaft und Heimat, Schriftenreihe
Heft 77; 5,90 Euro, Bezug: Druckcenter,
Eichelnkampstr. 2, 53340 Meckenheim,
Tel. 02225 / 88935-50, Fax -58, eMail:
zentrale@druckcenter.de

² Der FSC (Forest Stewardship Council) stellt weltweit Zertifikate für umweltgerechte Holzwirtschaft aus

Sofortmaßnahmen gegen Feinstaub werden Pflicht

Nach Gerichtsurteil muss Baden-Württemberg handeln

Im Juni hat das Stuttgarter Verwaltungsgericht entschieden, dass das Land Baden-Württemberg gegen die krankmachenden Dieselrußpartikel einen Aktionsplan erstellen muss. Umweltverbände reagierten erfreut und rechnen nun mit harten Maßnahmen gegen Feinstaub in 120 Städten. Das Regierungspräsidium in Stuttgart will Widerspruch gegen den Gerichtsentscheid einlegen.

Der VCD forderte, die Kommunen müssten sofort die Durchfahrt für Diesel ohne Rußfilter sperren. 120 Städte sind nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe (DUH) betroffen. Das sind all jene, die nach Berechnungen des Umweltbundesamtes das seit 2005 geltende Feinstaub-Limit voraussichtlich nicht einhalten oder bereits überschritten haben.

Fahrverbote wird es vor Neuwahlen wohl nicht mehr geben

Der Deutsche Städtetag wehrte sich weiter gegen Fahrverbote. Die Organisation bezweifelt, dass diese wirken und setzt stattdessen auf Rußfilter. Ob die steuerliche Förderung der Filter vor möglichen Neuwahlen noch eine Chance hat, ist derzeit offen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

"Verkehrspolitik steckt in der Sackgasse"

NABU-Grundsatzprogramm Verkehr fordert grundlegende Neuorientierung

In einem "Grundsatzprogramm Verkehr" hat der NABU die negativen Folgen des motorisierten Verkehrs zu Lande, zu Wasser und in der Luft für Mensch und Natur beschrieben. Gleichzeitig zeigt das Dokument Auswege für eine umweltfreundliche und zukunftsfähige Mobilität in Deutschland und Europa auf.

"Die Verkehrspolitik steckt weiterhin in der Sackgasse", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke bei der Vorstellung des Programms. Das Grundsatzpapier mache das Dilemma der Verkehrspolitik deutlich: Sie sei auf eine weitere starke Zunahme des Verkehrs ausgelegt, obwohl die schon bestehenden Belastungen durch Flächenverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm und die erheblichen Auswirkungen auf das Klima bereits jetzt unakzeptabel seien.

Höhere und umfassendere Lkw-Maut soll Güter auf die Schiene bringen

Obwohl Rot-Grün aus Sicht des NABU zahlreiche gute Ansätze geliefert hat, sei keine Trendwende erreicht worden. Trotz der Einführung der Lkw-Maut sei die Verlagerung von Güter- und Personenverkehr auf umweltschonendere Verkehrsträger wegen der geringen Mauthöhe nicht ausreichend gelungen, kritisierte Tschimpke. Der NABU fordert daher eine Erhöhung der Lkw-Maut sowie ihre Ausdehnung auf kleinere Lkw und auf das gesamte Straßennetz. Außerdem müssten bei der Bundesverkehrswegeplanung künftig ökologische Belange stärker berücksichtigt werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Billigflieger boomen zu Lasten der Umwelt

VCD fordert Ende aller Subventionen für den Flugverkehr

Der Markt für Billigflieger boomt weiter. Nach Angaben des Verkehrsclubs VCD geht inzwischen jeder siebente Flug in Deutschland auf die Low-Cost-Anbieter zurück, bei steigender Tendenz. Damit trügen Billigflieger wesentlich zum Anstieg des Flugverkehrs insgesamt bei. Angesichts dieser Entwicklung warnte der VCD vor den massiven Klima- und Umweltbelastungen durch das Fliegen und forderte, alle Subventionen für den Flugverkehr zu streichen.

Die Billigflieger könnten ihre Dumpingpreise nur anbieten, weil sie von der Mineralöl- und Ökosteuern und auf internationalen Flügen sogar von der Mehrwertsteuer befreit seien, kritisierte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann. Außerdem erhielten Billig-Airlines an vielen Flughäfen stark vergünstigte Konditionen. So werde ausgerechnet das Verkehrsmittel am höchsten subventioniert, das die Umwelt am stärksten mit Treibhausgasen, Schadstoffen und Lärm belastet.

Steuerzahler/innen tragen Defizite der kleinen Flughäfen

Durch den Aufschwung der Billigflieger und die von ihnen bevorzugt angesteuerten Regionalflughäfen werde immer mehr Fluglärm in bisher unbelastete Regionen getragen, sagte der Flugverkehrsexperte des VCD Helmar Pless. Immer mehr Kleinflughäfen würden ausgebaut in der Hoffnung, dass die Billig-Airlines neue Arbeitsplätze bringen. Tatsächlich komme es jedoch zu einem ruinösen Standortwettbewerb, da sich nahe gelegene Flughäfen in Nachbarbundesländern gegenseitig die Kunden wegnähmen. Die Defizite der Kleinflughäfen müssten die Bürger/innen über ihre Steuern ausgleichen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

VCD, Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

Das Thema ist Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des elektronischen VCD-Newsletters "Flugverkehr & Umwelt"

Fluglärmgesetz bleibt Entwurf

Auch Verkehrswegegesetz wird vor Neuwahlen nicht mehr umgesetzt

Kaum haben Umweltverbände und Betroffenengruppen das Ende Mai von der Bundesregierung verabschiedete Fluglärmgesetz als nicht ausreichend kritisiert, ist dies schon Makulatur. Nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses im Juni erklärte SPD-Chef Franz Müntefering, das Fluglärmgesetz und auch das Verkehrswegegesetz hätten keine Chance, die Legislative zu durchlaufen. Der Zweck des Verkehrswegegesetzes wäre gewesen, den Straßen- und Schienenbau zu beschleunigen.

Mit dem Gesetz zur Eindämmung des Fluglärms sollten lärmgeplagte Anwohner von Flughäfen entschädigt werden. Genau das hatten Verbände wie BUND und VCD bemängelt. Das Gesetz hätte nicht zur Lärminderung beigetragen, sondern wäre ein reines Entschädigungsgesetz geworden. Positiv fand der Umweltverband lediglich, dass es nach jahrelangen Debatten überhaupt einen Minimalschutz für Flughafenanwohner geben sollte. Wie es mit dem Gesetz unter einer möglichen neuen politischen Konstellation weiter geht, ist offen.

Lärmbelastung wird in den nächsten 20 Jahren steigen

Der BUND befürchtet, dass wegen der prognostizierten Verdopplung der Flugbewegungen im deutschen Luftraum in den kommenden zwei Jahrzehnten die lärmbedingten Gesundheitsschäden zunehmen. Bereits in der Vergangenheit waren die Lärmpegel an großen deutschen Flughäfen wie Frankfurt am Main oder Köln/Bonn stetig gestiegen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Lärmexperte Thorben Prenzel, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-67, Fax -40
eMail: thorben.prenzel@bund.net
www.bund.net

Kurzmeldungen

Streit um Zuschauertransport bei Fußball-WM 2006

Bei der Organisation der Mobilität der Zuschauer für die Fußball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr gibt es offenbar einen Dissens. Nach Recherchen der Zeitschrift "mobilogisch" arbeiten zwei Bundesministerien bei den Vorbereitungen gegeneinander. Eine Projektgruppe im Bundesverkehrsministerium hält gemeinsame Leitlinien von Bund und WM-Städten wegen der föderalistischen Struktur Deutschlands nicht für machbar. Das Bundesumweltministerium (BMU) hingegen hat genau solch ein Konzept erarbeitet. Das Organisationskomitee der Fußball-WM und das BMU wollen mit dem Konzept "Green Goal" umweltfreundliche Spiele anbieten, das Verkehrsministerium lässt dagegen Parkplätze an den Stadien bauen. Damit werde der Versuch, die Zuschauer umweltfreundlich zu den Stadien zu bringen, untergraben, kommentierte "mobilogisch". (mbu)

mobilogisch, Berlin, Tel. 030 / 4927473,
www.mobilogisch.de

Sachverständige fordern Tempo 120

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen gefordert. Das Expertengremium, das die Bundesregierung berät, empfahl Mitte Juni in einem Sondergutachten weitere Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffemissionen im Verkehr: die Abschaffung von Pendlerpauschale und Eigenheimzulage sowie einen Emissionshandel unter den Autoherstellern. Das könne ein Anreiz sein, kleinere Autos herzustellen und zu kaufen. (mbu)

Sachverständigenrat für Umweltfragen,
Berlin, Tel. 030 / 263696109,
www.umweltrat.de

■

Lesenswert

Versteckte Subventionen in Milliardenhöhe für den Autoverkehr

Eine Untersuchung im Rahmen des EU-Projekts SIPTRAM (Nachhaltigkeit im ÖPNV-Markt) deckt die tatsächlichen Gesamtausgaben für den Autoverkehr in ausgewählten Städten auf. Beleuchtet werden dabei auch versteckte Etat-Posten, die nicht eindeutig der Position "Verkehr" zugeordnet werden. Bis zu 15 Milliarden Euro geben deutsche Städte jährlich für den Autoverkehr aus. Aber nur 15 bis 45 Prozent dieser Ausgaben werden mit autogebundenen Einnahmen erwirtschaftet. Für den Öffentlichen Personennahverkehr wird weniger ausgegeben. Die Ergebnisse der SIPTRAM-Untersuchung wurden nun in einer Kurzbroschüre zusammengestellt. (jg)

Versteckte Kosten des städtischen Autoverkehrs - Öffentliche Gelder für den privaten Verkehr; Hrsg./Bezug: VCD, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg, Tel. 02962 / 8001-52, Fax -55, eMail: bestellung@vcd.org (2,50 Euro Versand)
Weitere Informationen zu SIPTRAM:
www.vcd.org/themen/04d.html

■

Küstenzonenmanagement: Gut gedacht, schlecht gemacht

Aus der DNR-Stellungnahme zur nationalen IKZM-Strategie

Bis 2006 sollen alle Küstenländer der EU nationale Strategien für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) entwickeln. Die EU versteht darunter einen kontinuierlichen Prozess, durch den Entscheidungen für eine nachhaltige Nutzung, Entwicklung und den Schutz der Küsten und ihrer Ressourcen getroffen werden. Grundlage bildet eine systemorientierte Perspektive auf den Küstenraum, die ökologische wie menschliche Systeme betrachtet und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Nutzungen und dem Ökosystem in den Mittelpunkt rückt.

Anforderungen und Hinweise der EU

Die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Ministerrats vom 30.05.02 zur Umsetzung einer IKZM-Strategie in Europa macht deutlich, dass IKZM wegen des hohen Drucks vielfältiger Nutzungen in den Küstenregionen sowie deren Folgen für notwendig erachtet wird: "Im Bewertungsbericht der Europäischen Umweltagentur für 1999 wurde eine fortlaufende Verschlechterung des Zustands in den Küstengebieten Europas festgestellt, und zwar sowohl der Küsten selbst als auch der Qualität der Küstengewässer. ... Die zunehmenden Wirtschaftsaktivitäten stellen eine zunehmende Bedrohung des ökologischen und des sozialen Gleichgewichts von Küstengebieten dar."

Diese Erkenntnisse aus Brüssel werden von den Umweltverbänden in vollem Umfang geteilt und sind durch eine Vielzahl auch wissenschaftlicher Untersuchungen belegt³. Hierzu im Widerspruch standen Äußerungen aus Nutzerkreisen während der ersten Sitzung des Arbeitskreises "Nationale IKZM-Strategie" am 26. April im Umweltbundesamt in Berlin, die den festgestellten Negativtrend beim Zustand der Umwelt leugnen.⁴

3 z. B. Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee, BT-Drs. 15/2626 vom 24.02.04; Europäische Umweltagentur: Umwelt und Europa, Dritter Lagebericht, 2003

4 s. Protokollentwurf, Bioconsult - Schuchardt & Scholle, 05.05.05, S. 2, unter: 2) Grundsätzliche Kritik an der Gewichtung Ökonomie/Ökologie in der nationalen Strategie

Als weiteres zentrales Ziel des IKZM wird in der EU-Empfehlung die Erhaltung und zukunftsfähige Entwicklung der wesentlichen Bedeutungsbereiche der Küstenregionen vorangestellt: "Die Küstengebiete sind für Europa aus ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht sowie für Erholungszwecke von großer Bedeutung". Von einem Primat für bestimmte wirtschaftliche oder sonstige Nutzungen ist nicht die Rede. Die im April auf dem Begleitkreis von verschiedenen Interessengruppen, insbesondere aus Wirtschaft und Schifffahrt, vorgetragenen Wünsche nach besonderer Betonung ihrer Belange entbehrt somit jeder Grundlage.

EU betont ökologische Ausrichtung

Auf welchem Weg will die EU eine Erhaltung und zukunftsfähige Entwicklung erreichen? "Die Umsetzung eines ökologisch nachhaltigen, wirtschaftlich ausgewogenen, sozial verträglichen und behutsam auf schutzwürdige kulturelle Belange achtenden Küstenzonenmanagements, das die Integrität dieser wichtigen Ressource aufrechterhält und gleichzeitig den traditionellen lokalen Tätigkeiten und Gepflogenheiten, die keine Bedrohung für empfindliche natürliche Lebensräume und den Erhaltungszustand der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten darstellen, Rechnung trägt, ist von entscheidender Bedeutung" - so wird das IKZM hinsichtlich seiner Aufgabenbereiche, der Behandlung der wesentlichen Belange Ökologie, Wirtschaft, Soziales und Kultur definiert - unter klarer Betonung der ökologischen Ausrichtung. Versuche nutzungsorientierter Interessenvertreter, das Primat zugunsten wirtschaftlicher Interessen zu verschieben, stellen somit den IKZM-Prozess in Frage bzw. sind hiermit nicht vereinbar.

Partizipation mangelhaft: Einseitig zusammengesetzte Gremien

Eine Partizipation der wichtigsten von IKZM betroffenen gesellschaftlichen Gruppen ist ein wichtiges Anliegen der EU. Dem soll auch in Deutschland Folge geleistet werden, allerdings ist hier bislang keine klare Linie erkennbar. Anstelle einer erforderlichen Ausgewogenheit der im IKZM zu behandelnden Bereiche Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur unterliegt die Partizipation bislang anscheinend eher dem üblichen "Spiel der Kräfte" und ihrer Lobby-Vertretungen.

So zeigte die Zusammensetzung des Begleitkreises zur Vorbereitung der nationa-

len IKZM-Strategie am 26. April deutlich die Dominanz der Vertretungen der Nutzerinteressen. Für alle deutschen Natur- und Umweltschutzverbände wurde anfangs lediglich ein "Obmann der Verbände" über den Deutschen Naturschutzring (DNR) für den Begleitkreis eingeladen - neben mehr als 20 anderen Interessenvertretungen. Da der DNR als Dachverband nicht alle nationalen Umweltorganisationen vertritt und offenbar weder Greenpeace noch WWF als wichtige eigenständige Organisationen eingeladen wurden, entschied sich der WWF mit voller Unterstützung des DNR, einen weiteren "Obmann der Umweltverbände" zu entsenden.

Der soziale und kulturelle Bereich war überhaupt nicht unabhängig vertreten. Nichtregierungsorganisationen etwa von Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbänden wurden anscheinend erst gar nicht eingeladen. Entsprechend einseitig fiel das erste Meinungsbild aus⁵ - eine starke Betonung wirtschaftlicher, nutzungsorientierter Interessen, nur wenige Ausführungen zu dem eigentlich primär ökologisch auszurichtenden IKZM-Prozess und gar keine zu Kultur und Sozialem - bis auf die Betonung der unstrittig wichtigen Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Für einen alle wesentlichen Interessen berücksichtigenden IKZM-Prozess ist bei allen Foren auf eine Ausgewogenheit der unterschiedlichen Interessenbereiche zu achten - hier besteht wesentlicher Änderungs- und Nachbesserungsbedarf. Um eine ökozentrische Ausrichtung des IKZM-Prozesses in Deutschland zu ermöglichen, hat die Federführung generell im Bundesministerium für Umwelt (BMU) zu liegen. Für ausreichende Kompetenzen des BMU ist kabinetsübergreifend zu sorgen.

Beispiele für wichtige Inhalte im nationalen IKZM-Prozess

Aus Sicht des DNR ist im Zuge der von der EU für notwendig erachteten Bestandsaufnahme festzustellen, dass ein erhebliches Problem in der Begrenztheit der Ressource "Umwelt" liegt, die in dem zu meist angegriffenen Zustand von Wasser, Boden, Luft, Klima und Biodiversität zum Ausdruck kommt. Dies ist durch wissenschaftliche Untersuchungen hinlänglich belegt³, auch wenn daran immer wieder gezweifelt wird.

5 Vgl. Protokollentwurf von Bioconsult, Schuchardt & Scholle v. 05.05.05

Beispiel: Flussunterläufe von Elbe, Weser und Ems, Wattenmeer

Vergleicht man beispielsweise im Bereich der deutschen Nordseeküste die Entwicklung der küstenbezogenen Flussunterläufe und Ästuar von Elbe, Weser und Ems in den letzten Jahrzehnten, so ist Naturnähe nur noch in wenigen inselartigen Schutzgebieten festzustellen. Dies war auch das Ergebnis der offiziellen Bestandsaufnahme zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Auch der unmittelbare Nordseeküstenbereich hat sich in nur wenigen Generationen durch zahlreiche Eindeichungen, Aufspülungen, Hafen- und Industriezonen, touristische und Verkehrs-Infrastrukturen so stark verändert, dass in weiten Bereichen nicht mehr von Naturnähe gesprochen werden kann. Fatal ist, dass der Landschaftsverbrauch nahezu ungebremst weitergeht und wir in wenigen Generationen das Naturerbe schrittweise "aufzehren". Gerade hier soll und muss der von der EU vorgegebene IKZM-Prozess ansetzen, indem Kriterien einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung erarbeitet und umgesetzt werden.

Der weltweit einzigartige Naturraum Wattenmeer soll zwar nach Willen von Bundes- und Landesregierungen Unesco-Weltnaturerbe werden, verschont von hochgradiger Belastung mit Schwermetallen, Chemikalien oder überdüngenden Substanzen, temporären Sauerstoffdefiziten, die zur "Schwarzfleckenkrankheit" im Watt oder Vogelsterben durch Botulismus führen, ist dieser bereits heute größtenteils als Nationalpark "geschützte" Naturraum dennoch nicht.

Beispiel: Notwendigkeit eines nationalen Seehafenkonzepts

Deutschland lebt von der Exportwirtschaft. Einzigartig ist aber auch die Dichte an Seehäfen im Bereich eines in Luftlinie nur gut 100 Kilometer langen Nordsee-Küstenabschnitts, wo zwischen Ems und Elbe gleich 10 Seehäfen um den stetig anwachsenden Warenumsatz konkurrieren. Im Rahmen des IKZM ist zu fragen, ob das wirtschaftlich notwendig und angesichts der hohen Inanspruchnahme von Umweltressourcen vertretbar ist.

Geradezu grotesk ist, dass die Seehäfen als Hauptdrehscheibe und Schnittstelle von rund 90 % unseres globalen Gütertransportes nach wie vor aus dem Bundesverkehrswegeplan ausgeklammert sind, weil die Zuständigkeit für die Seehä-

fen bei den Bundesländern liegt. Neben dem Länderwettbewerb dominierte bei der Seehafenentwicklung lange Zeit ein ruinöser "Bürgermeisterwettbewerb", bei dem auch alle Standorte eines Bundeslandes miteinander konkurrieren. Die hiervon profitierenden Reeder und Umschlagsbetriebe können sich freuen, weil ihnen der Steuerzahler neben den gewünschten seewärtigen Zufahrten und zahlreichen Hinterlandverbindungen auch noch Hafeninfrastrukturanlagen baut und finanziert, was in dieser Form weltweit unüblich ist.

Konsequenzen für den IKZM-Prozess

Entgegen der noch weitgehend vorherrschenden Praxis benötigen wir im Zuge des IKZM-Prozesses eine länderübergreifende Raum- und Verkehrsplanung unter Einbeziehung der Seehäfen mit integrierter Strategischer Umweltprüfung (SUP). Auf eine vom Vorhabenträger unabhängige Begutachtung ist zu achten. Da bei Projektrealisierungen oft viel versprochen, aber (zu) wenig gehalten wird, sind geeignete Monitoringmaßnahmen hinsichtlich der Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Soziales durch unabhängige Gutachter in die jeweilige Genehmigung aufzunehmen und dem Verursacher kostenmäßig anzulasten.

Isolierte Projektbetrachtungen bei der Ermittlung und Bewertung von Umweltauswirkungen sind zugunsten kumulativer Betrachtung aller raumbezogenen Projekte im Sinne einer Gesamtschau (Bilanzierung) zu erweitern. Für die konsequente Anwendung einer system- und projektübergreifenden Alternativenprüfung ist zu sorgen. Die frühzeitige und umfassende Partizipation aller Beteiligten, also auch der Öffentlichkeit, gemäß der Århus-Konvention ist sicherzustellen.

Unseriöse Prognosen

Die Steuerzahler kommen nach wie vor für die immer raschere Abfolge der Fahrwasservertiefungen und Hafenneubauten⁶ oder -Erweiterungen auf⁷. Notwendige Nutzen-Kosten-Analysen werden von den immer gleichen Consultern im Sinne der Hafenwirtschaft "schön gerechnet", indem

6 Aktuelle Beispiele: bereits gebaute Hafeninfrastruktur für Containerhafen Hamburg Altenwerder, Container-Terminal IV Bremerhaven, geplante JadeWeserPort in Wilhelmshaven (Kosten je 500 bis 800 Mio. Euro an Steuergeldern).

7 Die aktuell geplante Vertiefung von Unter- und Außenelbe ist mit 320 Mio. Euro projektiert.

etwa regional- statt gesamtwirtschaftliche Betrachtungen angestellt oder unrealistische Annahmen getroffen werden. Beispielsweise werden den wenigen für die Vertiefung verantwortlichen Megacarriern im Containerverkehr gleich sämtliche in Hamburg angeblich vom Hafen abhängigen Arbeitsplätze gegenübergestellt.

Ungeschönte nachträgliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind teilweise aus Niedersachsen bekannt. So führten die dortigen Investitionen nur zu einem Nutzen von etwas über 30 % des ursprünglich investierten Kapitals. Obwohl das einer Bankrotterklärung gleichkommt, ändert sich bis heute nichts. Wie die aktuellen Planungen um den JadeWeserPort in Wilhelmshaven zeigen, sind Wirtschaftlichkeitsberechnungen in Niedersachsen als Mittel zum Projektentscheid offensichtlich unüblich.

Aus IKZM-Sicht ist es auch inakzeptabel, weiter auf den JadeWeserPort in Wilhelmshaven zu setzen, wenn nachgewiesenermaßen nahezu die gleichen Ziele eines bedarfsgerechten Tiefwasser-Containerterminals wesentlich billiger und mit viel geringeren Umweltauswirkungen in Cuxhaven erreichbar sind. Die wesentlichen Planungs- und projektbezogenen Entscheidungsstrukturen müssen flexibler auf neue und detailliertere Erkenntnisse reagieren. Ein neu geschaffener Arbeitsplatz in Rostock ist strukturell sogar wichtiger als im Raum Hamburg (Beispiel Dasa-Erweiterung). ■

Autor: Walter Feldt, DNR, Obmann der Umweltverbände im IKZM-Arbeitskreis des BMU "Nationale Umsetzungsstrategie"

(gekürzt und bearbeitet: mb, db)

• Weitere Informationen

Walter Feldt, c/o Umwelt Media Consult, Brehmstr. 56, 30173 Hannover
Tel. 0511-854385, Fax -8506388
eMail: walfel@gmx.de

Bernhard Glaeser (Hrsg.): Küste, Ökologie und Mensch - Integriertes Küstenzonenmanagement als Instrument nachhaltiger Entwicklung, ökom Verlag, München 2004, 320 S., 29,80 Euro

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Juli

17.7., Otterndorf/Grünstrand

2. Internationaler Elbe-Badetag

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ines Wittig, Projektbüro Köthen (Sachsen-Anhalt)
Tel. 03496 / 21000-9, Fax -8
lebendigeelbe@duh.de
www.elbebadetag.de

21.-24.7., Erfurt

1. Sozialforum in Deutschland für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

Workshops, Seminare; Friedens- und Zukunftswerkstatt, Hugo Braun, Frankfurt/M.
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1
info@sozialforum2005.de
www.sozialforum2005.de

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)

Internationales Elbe-Saale-Camp

Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982
camp2005@elbe-saale-buendnis.net
www.netzwerk-flusslandschaften.de

30./31.7., Strausberg bei Berlin

Freiwillige Feldbefreiung

Aktion gegen Agro-Gentechnik; Jürgen Binder, Rottenburg (siehe S. 13)
Tel. 07472 / 442370
aktion@gendreck-weg.de
www.gendreck-weg.de

August

1.-7.8., Ratzeburg (Schleswig-Holstein)

3. Sommeruniversität für Nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum

Sommeruniversität Ratzeburg, Stefanie Kämpf
Tel./Fax 04521 / 795744
bread-and-fish@summeruniversity-ratzeburg.org
www.bread-and-fish.org/

7.-13.8., bei Mainz

12. Ökodorf-Festival

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

9.-14.8., Göttingen

Attac-Sommerakademie

Karin Walther, Verden/Aller
Tel. 04231 / 957-517, Fax -400
eMail: karin.walther@attac.de
www.attac.de/sommerakademie2005

September

13./14.9., Hamburg

B.A.U.M.-Jahrestagung - Verleihung des B.A.U.M. Umweltpreises 2005

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.)
Tel. 040 / 490711-18, Fax -99
tagung2005@baumev.de
www.baumev.de

15.-17.9., Bremen/Bremerhaven

Umweltverträglichkeitsprüfung für große Infrastrukturprojekte am Beispiel eines Seehafens

Seminar auf der 3. Summer-School; UVP-Gesellschaft, Stefan Lucas-Thorp, Hamm
Tel. 02381 / 521-29, Fax -95
langer@uvp.de
info@uvp.de
www.uvp.de

15.9., Münster

Zukunftsmarkt Umweltbildung

Konferenz; Bundesverband TuWas, München
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71
info@tuwas.net
www.tuwas.net

20.-22.9., Dresden

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Produktion in der erweiterten EU

IVU-Kongress; Ecologic - Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, Carolin Wolf
Tel. 030 / 86880-0, Fax -200
ippc@ecologic-events.de
www.ecologic-events.de/ippc/de

21./22.9., Hamm/Westfalen

Nachhaltige Sportstättenentwicklung

Tagung zu Sanierung, Modernisierung, Finanzierung und Management von Sporthallen unter Umweltgesichtspunkten; Westfälischer Turnerbund (WTB), Umweltausschuss
Tel. 02388 / 30000-0, Fax -99
wtb@wtb.de
www.wtb.de

21.-23.9., Dresden

Städtische Fluss-Sanierung -

Methoden, Verfahren, Erfahrungen

Int. Konferenz; TU Dresden, Ines Gersdorf, Institut für Landschaftsarchitektur
Tel. 0351 / 4633-3453, Fax -7081
urbem@mailbox.tu-dresden.de
www.tu-dresden.de/urban-rivers-conference

22.9., weltweit

Zu Fuß zur Schule und zum

Kindergarten - I walk to school

Aktionstag; FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland, Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
info@fuss-ev.de
www.zufusszurschule.de
www.iwalktoschool.org

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933999
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

Oktober

2.10., bundesweit
Tag der Regionen
 Aktionsbündnis "Tag der Regionen",
 Koordinationsbüro Süd: Museumstr. 1,
 91555 Feuchtwangen
 Tel. 09852-1381, Fax -615291
 bund-sued@tag-der-regionen.de
 Koordinationsbüro Nord: Zur Specke 4,
 34434 Borgentreich
 Tel. 05643 / 94-8537, Fax -8803
 bund-nord@tag-der-regionen.de
 www.tag-der-regionen.de

19./20.10., Berlin
Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft
 Symposium; Deutscher Rat für Landespflege (DRL), Bonn
 Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727
 drl-bonn@t-online.de
 www.landspflege.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)
EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
 redaktion@energie-server.de
 www.energiestage.com

21.-24.10., Augsburg
IHE Holzenergie 2005
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
 redaktion@energie-server.de
 www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933999
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

28./29.10., Hamburg
Klima oder Entwicklung?
 Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Heike Kern
 Tel. 040 / 428343-37, Fax -67
 kern@hwwa.de
 www.hwwa.de

November

2.-4.11., Bonn
5. Internationales Rheinsymposium: Fischwanderung, Fischaufstieg und Fischabstieg
 Int. Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), Koblenz
 Tel. 0261 / 94252-0, Fax -52
 anita.thome@iksr.de
 www.iksr.de

18.-20.11., Berlin
Moderner Lehmbau 2005
 Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass
 Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9
 info@lehmbauforum.com
 www.lehmbauforum.com

18.11.-20.11., Göttingen
Ein Netzwerk für botanischen Naturschutz - neue Herausforderungen für die Botaniker/innen Deutschlands
 AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern, Christian Berg
 Tel. 0381 / 4904111
 cberg@t-online.de
 www.geobotanikm-v.de

25.11., Potsdam
Benefizveranstaltung für die FREIE HEIDE
 Grüne Liga, Norbert Wilke, Potsdam
 Tel. 0331 / 20155-20, -21, Fax -22
 potsdam@grueneliga.de
 www.grueneliga.de/bburg

26.-30.12., Bonn
Weltversammlung für Erneuerbare Energien
 Konferenz; World Council for Renewable Energy (WCRE)
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
 info@wcre.org
 www.wcre.org

2006

10.-12.3., Böblingen
erneuerbare energien 2006
 Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
 redaktion@energie-server.de
 www.erneuerbareenergien.com

30.5.-2.6., Bonn
28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Vom lokalen Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz
 Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
 helga.inden-heinrich@dnr.de
 www.bbn-online.de?id=43
 www.dnr.de
 (db) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rück-schauen, Sende-Manuskripte und Zusatz-informationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

TV-Vorschau

"Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsanga-be in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service:natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk
www.hr-online.de/servicenatur

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwest-rundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 13.00-14.00 u. Mi 15.00-16.00, Radijoj!, Berlin 104,1
Berlin/Brandenburg/Sachsen:
Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6):
www.radijoyo.de/projekte.html
www.grasloewe.de
(mb, db) ■

Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner Beschaffung" oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

"Grünes Forum": Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundes-ländern.

www.gruenes-forum.net
(mb) ■

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Europa lebt von Aktionen und Visionen

Global

- UN-Waldforum gescheitert
- WTO-Runde: Negative Umweltfolgen
- Schuldenerlass für ärmste Länder
- UN-Umweltorganisation gefordert
- Atomwaffenkonferenz gescheitert

EU-Politik, Recht

- Europäischer Ratsgipfel 16./17.6.: Leitprinzipien der Nachhaltigen Entwicklung
- Beschäftigungspolitische Leitlinien 2005-2008
- Finanzielle Vorausschau 2007-2013
- Europäische Transparenz-Initiative
- Århus-Konvention beginnt zu wirken
- EU-Gerichtshof zur Umweltkriminalität
- "Mehr Demokratie" für neuen Konvent
- Britische EU-Präsidentschaft beginnt

Abfall, Produktpolitik

- Elektroschrott: Umsetzung zögerlich
- Zweifel an PE-Kompostierbarkeit

Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Gipfel zementiert Agrarreformkrise
- Polen: EU fördert dubiosen Konzern
- Polen: Intensivierung statt Ökowende
- Kritik an EU-Milchmarktreform
- WTO soll hohe Standards verankern
- Minister gegen irreführende Werbung
- EuGH-Urteil: Baby-Genfood risikolos
- Ringen um Gentechnik-Moratorien
- Kongress gentechnikfreier Regionen
- Bt10-Skandal weitet sich aus
- Indien stoppt Monsanto-Baumwolle
- USA setzen Gentechnik im Irak durch

Chemikalien, Emissionen

- Quecksilber: Teilverbot gefordert
- Phthalate schädigen Frühgeborene
- Kleinkinder-Spielzeug ohne Phthalate
- Innenraumluft: Keine EU-Priorität
- Industrie-Emissionen: Mehr Kontrolle
- Nanotech-Aktionsplan 2005-2009
- Luft-Programm kurz vor Abschluss
- Kindergesundheit: Wenig Fortschritte

Energie, Klima

- Stillstand bei Klimaverhandlungen
- Flugverkehr unterminiert Klimaziele
- Neues EU-Klimaprogramm
- Fast alle Allokationspläne genehmigt
- Streit um Energieeffizienzrichtlinie

Naturschutz, Biodiversität

- Globale Biodiversitäts-Studie warnt
- EU-Pläne für ländliche Entwicklung
- EU tritt Wasservogel-Abkommen bei
- Neuer Biodiversitätsindikator für Vögel
- Mehr Vögel vom Aussterben bedroht
- Umfrage zu artgerechter Tierhaltung

Verkehr

- Protest gegen Wegekostenrichtlinie
- Manifest für Öffentlichen Nahverkehr
- Europas Schienennetz immer kürzer
- EU will Fahrradverkehr fördern

Wasser, Meere, Fischerei

- Meerwasserentsalzung und Umwelt
- Badegewässerqualität verschlechtert
- Aquakultur soll nachhaltig werden
- EU tritt Delphinschutz-Abkommen bei
- Grundschieppfischerei: Kritik an EU

Service

- Veröffentlichungen
- EU-Umwelt-Termine
- UN-Wegweiser, EU-Wegweiser

Sonderbeilage

- EUR-Sonderheft: REACH - alles über die EU-Chemikalienreform

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 07.04" weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 11.04". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drj ("Bisherige Ausgaben").

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen VerbändereInformationsdienst www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drj

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

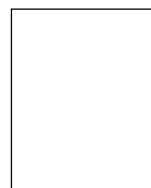
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin